

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1,50 Mk. monatlich, 1,50 Mk. vierteljährlich, 5,00 Mk. halbjährlich, 10,00 Mk. jährlich. Einmalige Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer und illustrierter Sonntagsheft: 10 Pf. Postabonnements: 1,50 Mk. monatlich, 1,50 Mk. vierteljährlich, 5,00 Mk. halbjährlich, 10,00 Mk. jährlich. In die Postsendungen sind die Kreuzbänder für den Ausland und die Postgebühren für das Ausland zu berechnen. Die Abnehmer sind an den Verleger, Hermann Dörmann, Berlin, Friedrichstraße 10, zu schreiben.

Die Infections-Gebühr
 beträgt für die jedesmalige Stoffsache oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ des jetzigen Monats 20 Pf. (außer 2 jetzigen Monatsheften), jedes weitere Heft 10 Pf. Stellenangebote und -Gesuchanzeigen gegen das erste Heft 10 Pf., jedes weitere Heft 5 Pf. Anzeigen über 10 Zeilen werden für die nächste Nummer und für 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Sonnabend, den 15. April 1916.

Das „kleinere Uebel“ im Schutzollsystem.

Uns wird geschrieben: Der Artikel „Sozialdemokratie und Schutzoll“, der sich mit den Referaten von Karl Renner und Heinrich Cunow in der deutsch-österreichischen Konferenz beschäftigte, veranlaßt die Wiener „Arbeiterzeitung“ zu einer K. K. gezeichneten Erwiderung. Sie enthält folgende düstigen Blüten: „Der „Donaukreis“ fälscht und verdreht in der plumpsten Weise, „der laubere Einfender“, „der Einfender lügt glatt“, „der Einfender verdreht“, „Kuster größlicher Entstellung“, „unverantwortliche skrupellose Stänkerer“, „Brimmenvergiftung“. Bei fünfundsechzig Zeilen eine ansehnliche Leistung. Die Leser werden uns nachfühlen, wenn wir uns auf eine in diesem Tone geführte Polemik nicht einlassen, da wir keine Lust haben, auf das Niveau der Wiener Zierkerne herabzugehen.

Dagegen haben wir uns mit Genossen Cunow aneinanderzusetzen, der in Nr. 38 des „Vorwärts“ seinen Standpunkt präzisiert.

Vor allem ist eine Klarstellung geboten über die Marx'sche und die Cunow'sche Auffassung. Cunow behauptet, er sage dasselbe wie Marx, wenn er erklärt, die Frage, ob Freihandel oder Schutzoll sei lediglich eine „Frage des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes“. Indessen darf nie aus dem Auge gelassen werden, daß für Marx ausschlaggebend war, in dieser wie in jeder anderen Frage, die Rolle einer Einzelercheinung in bezug auf die Revolutionierung der Gesellschaft. In der Brüsseler Rede erklärte er, er stimme für das Freihandelsystem, weil dieses „die soziale Revolution beschleunigt“. Er widerlegt das Gerücht der englischen Freihandelsapostel, die den Arbeitern einzureden versuchten, es genüge die Kornzölle zu beseitigen, um die Lage der englischen Arbeiter zu bessern; das sei Schwundel, nichts würde sich ändern in der Lage der Lohnarbeiter; aber trotzdem — für Freihandel, denn dadurch wird die Entwicklung befördert, die schließlich zur Überwindung des Kapitalismus führen muß. — Genau derselbe Gedankengang wird festgehalten in einem kurzen Artikel, betitelt „Schutzoll- oder Freihandelsystem“ (Nachsch. II. B., Seite 429 ff.). Hier heißt es: „Die deutsche Bourgeoisie fordert Schutzölle, weil diese die Industrie fördern würden; die Industrie braucht das Schutzollsystem, „um mit den mittelalterlichen Ueberresten“ aufzuräumen“. Das zu hindern, hätten die Arbeiter kein Interesse, im Gegenteil, ihnen sei durchaus damit gebietet, wenn die Bourgeoisie zur ungeheuerlichen Herrschaft gelangt; dann erst werde in dem sozialen Kampfe das Schlachtfeld von allen unnötigen Schranken, von jedem irreführenden Weirwerk gesäubert.

Der historische Sinn der Marx'schen Auffassung, den wir nach Cunow nicht begriffen haben, besteht daher keineswegs darin, daß die Frage: Freihandel oder Schutzoll, eine „Frage des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes“ ist, sondern darin, daß den Angelpunkt bildet der soziale Gegensatz.

Run haben allerdings die Dinge in einem Punkt einen anderen Lauf genommen, als Marx Ende der vierziger Jahre annahm: die Bourgeoisie hat zwar den Schutzoll durchgesetzt, aber nicht im Kampfe gegen die „mittelalterlichen Ueberreste“, sondern durch ein Kompromiß. Sie führte ursprünglich den Kampf gegen die Großgrundbesitzer, die eigentlichen Freihändler waren, solange Deutschland Ackerbauprodukte exportierte; sobald aber die „amerikanische Konkurrenz“ diesen Großgrundbesitzern un bequem wurde, bekehrten sie sich zum Schutzoll und der Paß zwischen den bisherigen Gegnern war bald perfekt. Dadurch ist die Kampflinie verschoben: kapitalistische Bourgeoisie und Vertreter des Großgrundbesitzes sind in bezug auf den Schutzoll solidarisirt, das Motiv, das die Arbeiter veranlassen könnte, für industrielle Schutzölle einzutreten, fällt fort, das Motiv: „das Schlachtfeld von allen unnötigen Schranken, von jedem irreführenden Weirwerk zu säubern“. Wehr noch: im Zeitalter des Imperialismus und der Kartelle hat der Schutzoll eine ganz andere Bedeutung erlangt; er wird zu einem Mittel, das bestehende Wirtschaftssystem zu beseitigen, das zu beseitigen die Arbeiter ein dringendes wirtschaftliches und politisches Interesse haben.

Run verwahrt sich Cunow dagegen, ein Anhänger des Schutzollsystems zu sein und erklärt, die Industrie Deutschlands sei längst reif für den Freihandel. Trotzdem behauptet er, es habe keinen Sinn, für den Freihandel einzutreten. Auch ein Standpunkt!

Cunow bestreitet nicht, daß unter den gegebenen Verhältnissen nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Zwischenschichten — Kleinbürgertum, Kleinbauern, die „Hestbesoldeten“ — ein dringendes wirtschaftliches Interesse an der Beseitigung des Schutzollsystems haben, aber er erklärt: „ob der Freihandel siegt oder nicht, das hängt nicht vom Willen der Arbeiter, sondern von der gesamten politischen und wirtschaftlichen Konstellation ab“. — Wir sagen, da die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ein dringendes Interesse hat, das schädliche, den Lebensunterhalt der Massen verteuernde System zu beseitigen, ist der Moment gekommen, in dem die Arbeiterklasse Deutschlands alle Aussicht hat, einen Punkt des sozialdemokratischen Programms zu verwirklichen. Cunow

dagegen ironisiert: „Also nur hübsch energisch gefordert und der Schutzoll fällt.“

Das ist der grundlegende Unterschied zwischen uns. Wir halten dafür, daß, sobald die Dinge reif geworden sind für die Entscheidung, es darauf ankommt, „das Wollen“ in Taten umzusetzen. Darauf beruht der politische Kampf, wie wir ihn seit Erscheinen des kommunistischen Manifestes auffassen. Jetzt kommt ein „Marxist“ und erklärt: auch wenn ihr die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung auf eurer Seite habt, ihr könnt „hübsch energisch fordern“ so viel ihr wollt, erretchen werdet ihr doch nichts! Nach seiner Auffassung ist offenbar der Wille der Volksmassen etwas, was die „politische und wirtschaftliche Konstellation“ überhaupt nicht beeinflusst; er kann sich nicht vorstellen, daß diese Volksmassen imstande sind, auch nur die bescheidene Forderung auf Beseitigung der künstlichen Verteuerung des Lebensunterhaltes durchzusetzen, trotzdem Deutschlands Industrie reif für den Freihandel ist und nur eine an Zahl verschwindend kleine Schicht an der Aufrechterhaltung des Zollsystems interessiert ist! — Ein derartiger politischer Quietismus hat mit der Marx'schen Lehre nichts zu tun, und Marx hat eine ähnliche Auffassung einmal mit der Bemerkung zurückgewiesen, wenn dieser Verzicht auf Befähigung des menschlichen Willens „Marxismus“ sein soll, dann sei er selbst kein Marxist.

Und nun das „kleinere Uebel“. Cunow erklärt, da wir die Beseitigung der Zölle, auch nur der am schlimmsten auf die Lage der Arbeiter einwirkenden Lebensmittelsölle nicht erreichen können, so dürfen wir uns nicht auf den Alles-oder-nichts-Standpunkt stellen, sondern müssen zu erreichen suchen, was zu erreichen ist; nämlich durch eine „Art Zollunion“ mit Oesterreich-Ungarn, Rumänien, Bulgarien und der Türkei „eine Ermäßigung gewisser beiderseitiger Zölle“ anstreben. — Leider hat er aber weder in seinem Referat, noch in dem Artikel den Einwand widerlegt, der sein ganzes Käfomoment über den Haufen wirft. Dieser Einwand — um es noch einmal zu wiederholen — lautet:

Oesterreich-Ungarn samt den Balkanstaaten und der Türkei sind in absehbarer Zeit nicht imstande, den Bedarf Deutschlands an Ackerbauprodukten auch nur entfernt zu decken; diese Gebiete können ebensowenig einen ausnahmskräftigen Markt für Erzeugnisse der deutschen Industrie bilden; daß dadurch der Verlust anderer wichtiger Märkte ersetzt werden könnte; ein Zollbündnis, bei dem Deutschland den genannten Staaten Vorzugsölle einräumen würde, müßte unfehlbar Repressalien von seiten anderer Staaten (Amerika!) hervorbringen, Repressalien, die dann wieder deutschseits mit Kampfzöllen beantwortet würden. Auf diese Weise entsteht bei einem auf Vorzugsölle begründeten Bündnis die dringende Gefahr, daß dadurch das Schutzollsystem nicht gemildert, sondern verschärft wird.

Statt allgemeine Redensarten zu machen, hätte Cunow die Pflicht, dies zu widerlegen, denn erst dann kann von dem „kleineren Uebel“ die Rede sein.

Verstimmung zwischen Griechenland und der Entente.

Athen, 15. April. (Som Privatkorrespondenten von B. L. B.) Das Pressebureau veröffentlicht ein Dementi der Nachrichten über die Befegung Rehalonien und der übrigen ägäischen und ionischen Inseln, die von den Ententegegnern Skuludis gegenüber angelündigt worden sein soll.

Es wird behauptet, die Ententegegnern hätten vorgeschrien Skuludis mitgeteilt, die Entente würde vor dem Hafen von Argostoli nur Drohtreue anlegen, ohne die Lieberseeverbindung der Stadt zu verhindern.

Aus Saloniki wird gemeldet, daß die Einwohner sieben griechischer Dörfer im Gebiet von Doiran in Makedonien ankommen. Die Dörfer müßten geräumt werden. Die Militärtruppe der Entente in Saloniki treffen feierliche Vorbereitungen.

Die Ausstreunungen aus Ententekreisen über die Ueberlassung russischer Postjades in Saloniki an Bulgarien und die Verichte des Vorier „Temp“, welche verlauten, Sanaris in die Angelegenheit hineinzuziehen, werden von maßgebender Seite als ebenso lächerliche wie hochhastige Verleumdung bezeichnet.

Bern, 14. April. (B. L. B.) Eine Meldung des „Corriere della Sera“ aus Athen besagt: Die Gesandten des Vierverbundes haben die griechische Regierung um die Erlaubnis gebeten, die auf Korfu befindlichen serbischen Truppen auf der Eisenbahn Patras-Athen-Varissa nach Saloniki zu bringen. Ministerpräsident Skuludis hat sich die Antwort vorbehalten. Das den Ministerkreisen nahestehende Blatt „Embros“ sagt in einer Besprechung dazu, es sei trotzdem möglich, daß die Alliierten die Eisenbahnen und die Telegraphenämter besetzen, um Herren der Lage zu werden und das Ministerium zur Demission zu zwingen.

London, 13. April. (B. L. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Athen von gestern: Die diplomatische Lage ist

wieder weniger günstig geworden infolge der unangenehmigen Haltung der griechischen Regierung wegen der zeitweiligen Befehungen, die die Alliierten für durchaus notwendig halten, und wegen der Weigerung, Erleichterungen auf den Eisenbahnen zuzugehen. „Gestia“ schreibt: Man erwartet, daß die Veränderung der Lage binnen einigen Tagen zu einer Veränderung im Kabinett führen wird.

Die „Times“ meldet aus Athen, daß Janninis als Vermittlicher Nachfolger von Skuludis genannt wird, falls dieser zurücktreten sollte. Andere glauben, daß Janninis große Aussichten habe. Die griechische Regierung verbot Untertanen neutraler und kriegsführender Länder, durch Griechenland zu reisen.

(Som Privatkorrespondenten des B. L. B.) Die griechische Regierung hat sich auf das Bestimmteste geweigert, auf das Verlangen der Entente einzugehen, ihr die Eisenbahnlilien Patras-Athen-Varissa zur Verfügung zu stellen, damit sie von Patras aus serbische Truppen von Korfu per Eisenbahn nach Saloniki transportieren könne. Es verlautet, daß diese fährende Strecke mit allen Mitteln die Ausführung des Vorhabens der Entente, das einer vollständigen militärischen Befegung Griechenlands gleichkäme, vereiteln wollen.

Zur Lage in Griechenland.

Dem Athener Korrespondenten des „Berliner Lokal-Anzeiger“ wird die Nachricht bestätigt, daß die Entente am 12. April durch ihre Vertreter in Athen an die griechische Regierung mit dem Verlangen herangetreten ist, daß ihr die Bahnhöfe Patras-Athen, Athen-Varissa zur Ueberführung serbischer Truppen nach Saloniki zur Verfügung gestellt werde. Dieses Verlangen wurde von der Regierung bestimmt zurückgewiesen; sie betonte, daß sie auf diese Forderung niemals eingehen könne, da hierdurch die inneren Gefühle des griechischen Volkes verletzt werden würden und die griechische Neutralität als nicht bestehend betrachtet werden müßte. Das Vorgehen der Entente scheint in erster Linie den Zweck zu haben, die griechische Regierung zu zwingen, den Serben den Rücken zu bringen und die Aufgabe der griechischen Neutralität zu erzwingen; in zweiter Linie bezweckt es, die serbischen Truppen auf dem Transport jeder Gefährdung durch deutsche U-Boote zu entziehen. Das Ausfallen des Vierverbundes hat in Athen ungeheure Erregung und Erbitterung verursacht.

Keine Kabinettskrise in Athen.

Athen, 13. April. (B. L. B.) Offiziell verlautet, eine Ministerkrise stände nicht bevor, da zwischen Krone, Regierung und Kammer rücksichtsloses Einvernehmen darin bestände, die bisher befolgte Neutralitätspolitik rücksichtslos mit größter Entschiedenheit durchzuführen.

Das Handelsabkommen mit Rumänien.

Bukarest, 14. April. (B. L. B.) Das Blatt „Steagul“ begrüßt das zwischen Rumänien und Deutschland in wirtschaftlichen Fragen zustande gekommene Abkommen und teilt darüber folgende Einzelheiten mit: Dem Abkommen entsprechend werden ständige Bureau in Berlin und Bukarest für den Warenandausch arbeiten. Die Zufuhr aus Deutschland wird in Sonderzügen erfolgen, die den Namen „Caranen“ führen. Für ihre Regelmäßigkeit bürgt die Tatsache, daß 50 000 Bahnwagen Weizen in einigen Monaten aus dem Land kamen. Mit den damals gekauften Vorräten bedauere dies eine Ausfuhr von 100 000 Wagen, was nur dank der bewunderungswürdigen Organisation der Deutschen, Oesterreicher und Ungarn möglich gewesen sei. Der Fall zeige aber auch die Entwicklungsfähigkeit der rumänischen Transportmittel, wenn sie richtig organisiert würden. Rumänien lehre damit zu einer gesunden Politik zurück. Dies sei der beste Schritt gewesen, den die rumänische Regierung hätte machen können.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 14. April. (B. L. B.) Amtlicher Bericht von Donnerstag nachmittag. Die Nacht war ruhig in der ganzen Gegend von Verdun. Ein deutscher Angriff wurde gestern am Ende des Tages gegen die Stellungen auf der Höhe 304 vorbereitet, kam aber nicht aus den Schützengräben heraus. Das Sperrfeuer unserer Artillerie und die von den Batterien des Nachborschnittes auf die im Walde von Malancourt versammelten feindlichen Abteilungen gerichtete Beschüßung haben anscheinend die Operation nicht zur Entwicklung kommen lassen. Von der gesamten Front ist kein wichtiges Ereignis zu melden.

Paris, 12. April. (B. L. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Zwischen Diffe und Miere Tätigkeit unserer Artillerie gegen die feindlichen Stellungen bei Roulin-sous-Louvent und Nampool. Westlich von der Maas dauert die Beschüßung der Höhe 304 und unserer Front beim Toten Mann und Cumières an. Westlich von der Maas und im Boevre-Gebiet mäßige Tätigkeit der Artillerie und keinerlei Infanterietätigkeit. Im Laufe des Tages hat ein unserer weittragenden Geschütze den Bahnhof von Robevant-Roselle und die Brücke bei Corny (nördlich von Pont-a-Mousson) beschossen. In den Bahnhofgebäuden brach Feuer aus. Auf dem übrigen Teil der Front war der Tag ruhig.

Belgischer Bericht: Schwache Artillerietätigkeit an verschiedenen Stellen der Front, außer in der Gegend von Vignuiden und Eninghez, wo die Geschütztätigkeit lebhafter war.

Die englische Meldung.

London, 13. April. (W. T. B.) Britischer Kriegsbericht. Dienstag nacht überfiel der Feind unsere Schützengräben bei La Boisselle, nachdem er sie vorher hauptsächlich mit tränenerregenden Granaten, stark beschossen hatte. Er wurde wieder hinausgetrieben. Wir verloren nur wenige Gefangene. Gestern Abend griff der Feind dreimal an und erreichte unsere Schützengräben nordöstlich von Charnoy, wurde aber zurückgetrieben. Er ließ einige Lote in den Schützengräben zurück. Einige wenige unserer Leute wurden verwundet. Heute Artilleriefeuer bei Souche, Carency, der Hohenzollernschanze und St. Eloi, das wir erwiderten. Der Feind brachte heute bei der Hohenzollernschanze eine kleine Mine zur Explosion, ohne Schaden anzurichten. Heute wurde in dieser Gegend und bei Arras mit Schützengrabennörmern gekämpft.

Luftkampf mit Immelmann.

London, 14. April. (T. U.) „Daily Mail“ veröffentlicht einen Brief des englischen Pilotenleutnants Glade, der in Fürstenberg im Gefangenenlager weiß, worin dieser erzählt, wie sein Flugzeug vom Piloten Immelmann angegriffen wurde. Leutnant Glade und sein Führer Kapitän Darley flogen über die deutsche Linie. Immelmann, so schreibt Glade, lag hinter uns auf und eröffnete bereits mit seinen Maschinengewehren das Feuer, bevor wir überhaupt seine Anwesenheit bemerkt hatten. Die ersten Kugeln trafen den Debehälter, Darley versuchte den Kugeln zu entgehen, indem er seine Maschine links ließ. Aber Immelmann folgte uns ebenso schnell, fortwährend feuernd. Der englische Aeroplan sagte nicht Feuer, trotzdem das Petroleum aus dem Behälter strömte. Darley erhielt einen Schuß in die Hand; sein Daumen wurde zerschmettert und in der Luft mußte Glade sich über seinen Kameraden beugen und ihm mit einem Messer den Daumen abnehmen. Inzwischen blieb Immelmann beständig dabei, zu feuern. Die Leiber Glades waren von Kugeln durchbohrt; der Beobachter blieb aber unverwundet. Der Steuermann wurde an der linken Hand getroffen, behielt aber die Kontrolle des Apparates in der rechten Hand und konnte das Flugzeug sicher landen.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 14. April. (W. T. B.) Amtlicher Bericht vom 13. April. Westfront: Nach Artillerievorbereitung durchlugen die Deutschen sich in einem Abschnitt dem Brückenkopf von Mezuel zu nähern, wurden aber durch unser Feuer zurückgewiesen. In den Gegenden von Jakobstadt und Dänaburg Artilleriefeuer. Westlich des Narocz-Sees beschloß der Feind am 12. April etwa um 6 Uhr abends festig unsere Stellungen; bald darauf ging er von dem Dorf Mofgynce aus zuerst in kleinen Gruppen, dann in starken Kolonnen vor. Unsere Artillerie zerstreute die Deutschen, die sich in ihre Gräben zurückzogen.

Kaukasusfront: Die Versuche der Türken, wichtige Abschnitte der Front, die ihnen in letzter Zeit entzogen waren, wiederzunehmen, scheiterten vollständig. Im Laufe der Kämpfe wandte der Feind eine besonders vergiftete Flüssigkeit an, mit welcher er unsere Schützen besprengte.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 14. April. (W. T. B.) Amtlicher Bericht vom Donnerstag: Im Vedrette gelang es dem Feind in der Nacht vom 12. April durch einen heftigen Angriff überraschend in einen Teil der von uns eroberten Gräben am Monte Sperone einzudringen. Am Abend des 12. unternahm unsere Truppen noch sehr heftiger Artillerievorbereitung einen Gegenangriff und es gelang ihnen nach erbittertem Kampf, diese Stellungen zurückzuerobern und neue Fortschritte auf den Felsen des Berges zu machen. Im Sogonatale machte unsere Infanterie in kleinen glänzenden Zusammenstößen 2 Mann zu Gefangenen, darunter 2 Offiziere. Im Flischer Becken griff der Feind in der Nacht zum 12. April mit starken Kräften unsere Stellungen von Nabilag an. Er wurde sofort durch unser Feuer angehalten, sodann mochten wir einen Gegenangriff und schlugen ihn zurück. Dasselbe Schicksal wurde einem feindlichen Versuch, in unsere Stellungen auf dem Javorel einzudringen, bereitet. Auf dem Karst näherten sich unsere eigenen Abteilungen den feindlichen Linien, zerstörten sie durch Werfen von Bomben und von Mörsern mit Explosivstoffen. Die Artilleriekämpfe dauerten auf der ganzen Front fort. Unsere Artillerie verursachte erneut schwere Schäden an dem Fort Luperna, sowie einen Brand in der Gegend von Caldonazzo und zerstreute eine feindliche Kolonne im Lebentiale im Gebiete des Ronzo. Cadorna.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 13. April. (W. T. B.) Das Hauptquartier meldet: An der Front keine Veränderung. Der Feind beschäftigt sich damit, seine Befestigungsarbeiten auszudehnen.

Die 3000 Lote aus der am 7. April an dieser Front gelieferten Schlacht gehörten wie eine Prüfung der Uniformen ergeben hat, der 13. Division Kitcheners, hauptsächlich zwei Brigaden dieser Division, an. In dieser Schlacht, die in unserem letzten Bericht gemeldet wurde und die erfolgreich für uns endete, hatten wir 79 Tote, 168 Verwundete und 3 Vermisste.

An der Kaukasusfront ist die Lage infolge schlechten Wetters unverändert. Die Operationen im Schorukal nehmen den Charakter unbedeutender örtlicher Kämpfe an.

Ein Kreuzer und ein Monitor eröffneten auf weiten Abstand ein zeitweiliges unwirksames Feuer gegen Ari Burun. Infolge der Antwort unserer Artillerie mißglückte ihr Versuch, ihr Feuer näher heranzutragen. In den Gewässern von Smarna richteten ein Torpedobootszerstörer und ein Kreuzer ihr Feuer auf den südlichen Teil der Insel Keusten (?), zogen sich aber, als unsere Artillerie antwortete, zurück.

London, 13. April. (W. T. B.) Neutermeldung. Bezüglich der türkischen Behauptung, daß 3000 englische Leichen in einem Teil der türkischen Gräben bei Jelahie nach der Schlacht vom 9. April geborgen wurden, erklärte Sandhurst im Namen des Auswärtigen Amtes im Oberhause, daß die Gesamtzahl der Toten und Verwundeten viel niedriger gewesen sei. General Lake habe gemeldet, daß das Wetter sehr schlecht sei. Am 12. April sei ein Orkan mit starken Regengüssen losgebrochen und die Uberschwemmungen auf beiden Ufern seien im Wachsen.

Konstantinopel, 14. April. (W. T. B.) Das Hauptquartier teilt mit:

An der Front herrschte Ruhe. An der Kaukasusfront wurde ein feindliches Bataillon, das eine unserer Abteilungen im Schorukal angegriffen hatte, vertreiben, es verlor seinen ganzen Bestand bis auf sieben bis achtzig Soldaten. Einen Leutnant und einige Soldaten machten wir bei dieser Gelegenheit zu Gefangenen. Auf den übrigen Abschnitten dieser Front Scharmügel zwischen Erkundungsabteilungen.

Von den übrigen Fronten ist nichts Wichtiges zu melden.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 14. April 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Abgesehen von stellenweise lebhaften, im Maasgebiet heftigen Feuerkämpfen ist nichts Wesentliches zu berichten. Angriffsversuche auf dem linken Maasufer erstarben unter unserer Artilleriefeuer schon in den Ausgangsgräben.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei der

Heeresgruppe des Generalfeldmarshalls v. Hindenburg wurden in der Gegend von Garbanowka (nordwestlich von Dänaburg) und südlich des Narocz-Sees begrenzte feindliche Vorstöße blutig abgewiesen.

Ebenso blieben bei der

Heeresgruppe des Generalfeldmarshalls Prinz Leopold von Bayern Unternehmungen russischer Abteilungen gegen die Stellungen am Serwetsch nördlich von Jirin erfolglos.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die gegnerische Artillerie war gestern östlich des Bardar zeitweise lebhaft tätig.

In der Nacht vom 12. zum 13. April warfen feindliche Flieger erfolglos Bomben auf Sjegegell und Bogorodica östlich davon.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalfeldmarschall.

Wien, 14. April. (W. T. B.) Amtlich wird verkündet: Russischer Kriegsschauplatz.

Gestern standen unsere Linien an der unteren Strypa, am Dnjepr und nordöstlich von Czernowitz unter heftigem Geschützfeuer. In der Nacht kam es im Mündungswinkel der unteren Strypa und südlich von Buczacz zu starken Vorkesskämpfen, die teilweise noch fortbauern. Im südlichen Teil des Gesichtsfeldes wurde die Besetzung einer vorgeschobenen Schanze in die Hauptstellung zurückgenommen. Nordöstlich von Jaslowice drang der Feind gleichfalls in eine unserer Vorkessungen ein, wurde aber durch einen raschen Gegenangriff wieder hinausgeworfen, wobei wir einen russischen Offizier, drei Fähnriche und hundert Mann gefangen nahmen. An der von Buczacz nach Czortkow führenden Straße bemächtigte sich ein österreichisch-ungarisches Streifkommando durch Ueberrumpeln einer russischen Vorposten. Auch gegen die Front der Armee Erzherzog Josef Ferdinand entfaltete die feindliche Artillerie erhöhte Tätigkeit.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Das heiderseitige Geschützfeuer wurde, soweit es die Sichtverhältnisse erlaubten, auch gestern fortgesetzt. Am Weizl Brh bemächtigte sich unsere Truppen einer Vorstellung und schlugen wiederholte Gegenangriffe unter schweren Verlusten der Italiener ab. Bei Bissich und Pontedda nahm unsere Artillerie die feindlichen Stellungen unter kräftigem Feuer. An der tiraler Front schritt der Feind an mehreren Stellen zum Angriff; seine Versuche, sich im Sogonatale unsere Stellungen auf den Höhen beiderseits Novaledo zu bemächtigen, wurden abgewiesen. An der Ponaltschrafe räumten unsere Truppen heute nacht die Verteidigungsmauer südlich Sperone und setzten sich in der nächsten Stellung fest. Im Adamelegebiet besetzten Alpini den Grenzgraben Dossan di Genova; südlich des Stilifer Jochs schritterte ein feindlicher Angriff auf den Monte Scorzuzzo.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Hofer, Feldmarschalleutnant.

Die Kämpfe in Mesopotamien.

London, 14. April. (W. T. B.) Neutermeldung. Amtlich. General Lake meldet: Am Nachmittag des 12. April warfen unsere Truppen auf dem rechten Ufer des Tigris die vorgeschobenen feindlichen Linien einzeln bis drei Meilen zurück. Um das durchzuführen, mußten die Truppen ein überschwemmtes Gelände durchwaten, das von vielen Sümpfen unterbrochen ist, die eine Ausdehnung von 500 bis 1200 Meter haben und sich vom Tigris bis zu den Sümpfen von Ummalbrahm erstrecken. Auf dem linken Ufer wurde das Wasser der Sümpfe durch einen Sturm in einige Laufgräben des Feindes in Sannaiat getrieben. Der Feind wurde, als er sich vor der Uberschwemmung in neue Stellungen flüchtete, übel zugerichtet.

U-Boot-Tätigkeit im Mittelmeer.

Barcelona, 13. April. (W. T. B.) Meldung der Agence Habas. Aus Palma de Mallorca wird berichtet: Das Schiff „Jaime II“ fand ein Rettungsboot mit Schiffsbrüchigen, die es aufnahm. Diese waren die Besatzung des französischen Dampfers „Vega“ (2657 Tonnen), der von Bahia in Brasilien unterwegs war. Die „Vega“ begegnete einem Unterseeboot, das soeben einen englischen Dampfer von 10000 Tonnen und ein russisches Segelschiff versenkt hatte. Der Kommandant gab der Besatzung einige Minuten Zeit zur Rettung. Danach ließ er einen Torpedo und zwei Kanonenschüsse abfeuern, die die „Vega“ schnell in den Grund bohrten. Dies war das Schiff, das 148 Fahrgäste des spanischen Dampfers „Principe de Asturias“ gerettet hatte. Die Besatzung der „Vega“ bestand aus 33 Personen.

Barcelona, 13. April. (W. T. B.) Meldung der Agence Habas. Der Dampfer „Villena“ ist mit 5 Offizieren und 27 Matrosen des englischen Dampfers „Argus“ (1238 Tonnen) hier angekommen; das Schicksal der übrigen Besatzung ist nicht bekannt. Der Dampfer „Mallorca“ ist aus Palma eingetroffen und hat die Besatzung des ebenfalls versenkten englischen Dampfers „Drool Dead“ (1045 Tonnen) aufgenommen.

Zur „Tubantia“-Frage.

Amsterdam, 13. April. (W. T. B.) „Handelsblad“ schreibt: Wenn unsere Sachverständigen mit der Annahme, daß die „Tubantia“ von einem Schwarzkopff-Torpedo getroffen wurde, recht haben, so bestehen drei Möglichkeiten: 1. Daß es nicht möglich ist, trotz der Nummer, die auf einem der Metallstücke gefunden wurde, herauszubekommen, welches Schiff diesen Torpedo benutzt hat. Bei der Ordnung, die in der deutschen Marine herrscht, ist es etwas aber kaum anzunehmen. Auch in der holländischen Marine wird über jeden Torpedo genau Buch geführt. 2. Die Nummer kann zu einem Torpedo gehören, der schon früher abgeschossen, aber nicht explodiert war, oder der in einem U-Boot oder Torpedoboot aufbewahrt war, welches den Engländern in die Hände gefallen ist. Die

Konsequenzen, welche daraus gezogen werden müßten, wären so ernst, daß die deutsche Regierung einsehen wird, in was für eine schwierige Lage unsere Regierung kommen würde, wenn sie die Konsequenzen ausschließlich aus der Erklärung eines Staates zöge, der sich mit England im Kriege befindet. Darum würde in einem solchen Falle die deutsche Regierung der niederländischen ganz gewiß überzeugende Beweise liefern wollen. 3. Kann der in Frage stehende Torpedo an ein deutsches Torpedoboot abgegeben und nicht in andere Hände geraten sein. Und wenn in diesem letzten Fall der Torpedo jetzt noch nicht abgeschossen ist, oder nicht in der Nacht vom 16. März abgeschossen wurde, oder wenn diese Nummer bei Schwarzkopff-Torpedos überhaupt nicht existiert, wird die deutsche Regierung natürlich auch wieder nichts Lieber tun, als dies der niederländischen Regierung so deutlich wie möglich beweisen, damit unsere Regierung über die Antwort auf die Frage, ob die englische oder die deutsche Regierung uns über das „Tubantia“-Verbrechen falsch unterrichtet haben, keine Zweifel mehr hegen kann.

„Nieuwe Courant“ kommt in einem Leitartikel auf das Angebot, welches die deutsche Regierung der niederländischen machte, die „Sufflet“-Angelegenheit durch eine gemischte Kommission untersuchen zu lassen, zu sprechen und äußert den Wunsch, daß nach diesem Präzedenzfall die holländische Regierung der deutschen Vorschläge soll, auch den Untergang der „Tubantia“ und „Palembang“ durch eine Kommission untersuchen zu lassen.

Erleichterung der Verwundeten-Bergung?

Frankfurt a. M., 14. April. (W. T. B.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Paris vom 13.: Wie der „Temps“ aus Madrid meldet, hat sich König Alfons telegraphisch an die Oberhäupter aller kriegsführender Staaten gewandt mit dem Ersuchen, zu prüfen, ob nicht zwischen den Kriegführenden ein Uebereinkommen getroffen werden könne, wonach Militärambulanz und Rote Kreuz-Mitglieder die auf den Schlachtfeldern liegenden Verwundeten zu geeigneter Stunde würden holen können. Alle Staaten haben sich geneigt gezeigt, den Vorschlag in Erwägung zu ziehen.

Wandlungen im französischen Sozialismus.

Dinge haben ihre innere Logik, die man zwar zeitweilig vertuschen, aber nicht aus der Welt schaffen kann. Ging das schon in „normalen“ Zeiten nicht, um so weniger jetzt im Kriege, wo der unerbittliche Gang der Entwicklung auch denen die Maske vom Gesicht reißt, die sie sonst noch einige Zeit anbehalten hätten, oder wo Leute, die sich sonst mit ihren Plänen nicht hervorgetraut hätten, jetzt ihre Zeit für gekommen erachten. Diese Erscheinung ist international; sie tritt in den verschiedenen Ländern in verschiedener Form auf. Während wir hier in Deutschland den Nationalreformismus eines Kolb, eines Peus aufblühen sehen — als Konsequenz der Haltung, die sie und ihre nächsten Gesinnungskreise im Kriege eingenommen haben —, sehen wir, wie beispielsweise in Frankreich der ehemalige extreme Syndikalist Jouhaux, Sekretär der Confédération General du Travail, die Interessensharmonie der Arbeiter und der Unternehmer zu predigen anfängt, und wie Herbé, der vom extremen Antimilitarismus zum Sozialismus gekommen war und die Leitung der Partei in der Kriegszeit verhängnisvoll beeinflusste, jetzt eine scharfe Ueberkehr vom internationalen Sozialismus zu einer radikalen Preisgabe des Klassenkampfes predigt. Das „Reue“, das er statt dessen empfiehlt, ist derart, daß selbst bürgerliche Kritiker es als platte Wiederholung der Gedankenlosigkeit des bürgerlichen Radikalismus bezeichnen. Recht interessant ist, was der Pariser Korrespondent des „Bund“ darüber schreibt. Anknüpfend an die Lamentationen, die Herbé anlässlich der Spaltung der deutschen Reichstagsfraktion von sich gab, konstatiert er, Herbé habe mit seiner Feststellung, daß auch die französische Sozialdemokratie eine Krise durchlebe, nichts Neues gesagt.

Diese Krise — schreibt er — nahm bei Kriegsausbruch ihren Anfang, zeigte sich bei allen sozialistischen Manifestationen und kam anlässlich der Diskussion, die sich um die Konferenz von Zimmerwald erhob, aller Welt vor Augen. Die Führer bemühten sich so lange als möglich, die innere Zerrissenheit der Partei zu verdecken. Mit geringem Erfolg. Jedermann weiß und hat aus den Manifestationen der französischen Sozialisten ersehen können, daß zum Beispiel allein schon über die schließliche Frage Uneinigkeit besteht. Es gibt eine sozialistische Minorität in Frankreich, die den Zustand vor dem Krieg wieder herstellen möchte, und die der Ansicht ist, man müsse den deutschen Sozialisten von der Richtung Haase im Namen der sozialistischen Doktrin die Bruderhand reichen. Die Mehrheit der französischen Sozialisten indes stellt den Patriotismus über die sozialistische Doktrin. . . .

Die geschilderte Krise will nun Herbé dadurch beheben, daß er vorschlägt, eine nationale sozialistische Partei zu gründen, die den Klassenkampf abschwächt. Das Programm, das er im Einverständnis mit seinen Anhängern entwickelt, gipfelt in folgenden Ausführungen:

Wir werden uns mit den anderen Parteien befleißigen, unsere Industrie zu entwickeln, die beachtlich ist; mit den anderen werden wir die völlige Umgestaltung unserer Häfen und unserer Verbindungswege betreiben, deren jämmerlicher Zustand der deutschen Ingenieure und Kaufleute Gespött war. Wir werden unseren nationalen Organismus durch eine Dezentralisation geschmeidiger machen, die den verschiedenen Gebieten Frankreichs die administrative Autonomie zurückgibt, ohne die sie zu vegetieren fortfahren würden. Hand in Hand mit den anderen Parteien werden wir gegen die Entvölkerung und gegen den Neo-Malthusianismus ankämpfen, der eine der Ursachen der nationalen Desolanz ist. Ebenfalls mit ihnen werden wir einen Vernichtungskrieg gegen den Alkoholismus, diese andere Geißel der Masse, führen. Und niemals werden wir aus den Augen verlieren, daß die kapitalistische Entwicklung Frankreichs die conditio sine qua non (unerlässliche Vorbedingung) der Verbesserung des Loses unserer Arbeiterklasse und unserer ländlichen Bevölkerung ist. . . .

Mit Recht bemerkt hierzu der Korrespondent des „Bund“, dieses Programm Herbes sei weder internationaler, noch nationaler Sozialismus, wenigstens nach unseren heutigen Auffassungen.

Das Programm der neuen Partei, die Herbé gründen will, deckt sich ziemlich genau mit dem der Partei, die Frankreich regiert, mit dem radikalen Programm. Zwischen dem auf dem Kampf gegen den Kapitalismus und infolgedessen auf dem Klassenkampf begründeten Sozialismus und dem französischen Radikalismus ist kein Raum für eine andere Partei. Und dies ergibt sich von selbst aus der ganzen politischen Entwicklung Frankreichs. Wer in Frankreich sich auf die Linien stellt, der hat zwischen den Lehren der französischen Revolution und denen der sozialen Revolution zu wählen. Ein Mittelweg gibt es nicht. Herbé wird es mit seinem unsozialistischen Programm höchstens gelingen, den radikalen Gruppen eine neue hinzuzufügen, eine neue Partei kann er nicht gründen. (2)

Stimmungsbild aus der französischen Provinz

Während sich die Zeichen mehren, daß die französische Bourgeoisie mit der Kirche reuig Frieden schließen will, scheint der Weltkrieg auf dem Land bei den Bauern eine andere Stimmung herbor-

zuzubringen. Die holländische katholische Zeitschrift „Van onze Tijd“ veröffentlicht Briefe eines blämischen Priesters, der sich der Seelsorge bei den Flüchtlingen Belgiens in Südfrankreich widmet. In einer seiner neuesten Mitteilungen liest man: „Ich habe die prächtige Kirche des hl. Martin in Cambes gesehen. Das christliche Leben ist daraus verschwunden. In diesem Dorf sind keine Gläubigen. Weinahe niemand geht mehr zur hl. Messe. Je weiter der Krieg dauert, desto weniger betet man hier auf den Dörfern. Ich begegne Frauen, die bei meinem Anblick höhnisch lächeln. Ich muß an Petroleusen denken. Das Volk wird böse und ungeduldig. Es ist etwas wie Revolutionsgeist bei den Frauen, herbeigeführt durch all das Unglück, das sich dem grauenvollen Krieg hinzugesellt. Alle Weinberge sind mitreißt, die Ernte durch Unkraut verunreinigt.“ — Das Volk dürfte nicht nur in Südfrankreich „böse und ungeduldig“ sein.

Verspottung der französischen Zensur.

Die „Catale“ vom 5. April schreibt, ihre gestrige Nummer sei von der Zensur beschlagnahmt worden. Allerdings seien darin schwere Irrtümer enthalten gewesen. Man dürfe nicht etwa glauben, die Zensur unterdrücke mißliebige Wahrheiten, sondern sie schneide nur Schriftsteller und Leser vor Irrtümern. Die Zeitung widerlegt ihre Angaben von gestern und erklärt nun „wahrheitsgemäß“ in Übereinstimmung mit der Zensur:

1. Die Einrichtung des Zwangsdienstes stößt auf keine Hindernisse in England.
2. Alle Franzosen haben das Selbstbestimmungsrecht und werden zum Seere einberufen, wenn es ihnen zuzagt.
3. Das deutsche Heer gibt kein Zeichen von Lebenskraft mehr.
4. Die Engländer werden nicht im höheren Maße als die Franzosen den Augen vom Siege der Verbündeten haben.

Die allgemeine Dienstpflicht in England.

Rotterdam, 14. April. (W. L. B.) Der „Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Lord Milner hat im Oberhause denselben Antrag auf Einführung der allgemeinen Dienstpflicht eingebracht wie Carson im Unterhause. Es soll Dienstag darüber beraten werden. Heute wird das Kabinett über die Rekrutierungspolitik Beschluß fassen.

Schwere Verurteilung englischer Arbeitervertreter.

Edinburg, 14. April. (W. L. B.) Neutermeldung. Der Präsident des Arbeiterverbandes Clyde Workers Committee und der Redakteur der Zeitung „Worker“, des Blattes dieses Verbandes, wurden wegen Veröffentlichung aufrührerischer Artikel zu zwölf Monaten, der Administrator desselben Blattes zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Zwischenfall in der italienischen Kammer.

Bern, 14. April. (W. L. B.) Nach Meldungen aus Rom kam es gestern in der italienischen Kammer zu einem Zwischenfall zwischen dem radikalen Abgeordneten Girelli und den offiziellen Sozialisten. Nach einer bewegten Sitzung verwarf die Kammer die sozialistische Tagesordnung Merloni über private Anstellungsverträge. Eine Abstimmung, bei der die Regierung die Vertrauensfrage stellte, ergab 254 Stimmen für und 78 Stimmen gegen die Regierung bei vier Enthaltungen. Die Kammer nahm darauf die Erörterung des Etats des Ackerbauministeriums wieder auf. Heute findet wahrscheinlich die Diskussion des Etats des Ministeriums des Ackerbaues statt.

Das portugiesische Ministerium bleibt.

Lissabon, 14. April. (W. L. B.) Savasmeldung. Das Ministerium bleibt im Amt.

Sozialistische Anträge gegen die Kriegsgefahr im amerikanischen Kongress.

Neunundneunzig Prozent des amerikanischen Volkes sind der Überzeugung, daß ein Krieg gegen die Interessen des Landes verlohnt, erklärte am 2. März im amerikanischen Kongress der sozialistische Abgeordnete Meyer. London in Begründung einer von ihm eingereichten Resolution, in der die Opposition des Kongresses gegen den Krieg zum Ausdruck gebracht werden sollte.

Der sozialistische Kongreßmann versicherte, das Land treibe dem Kriege zu und könne nur dann von dem Abgrund zurückgehalten werden, wenn es zur rechten Zeit aufgemittelt werde. Es ist Zeit, daß der Kongreß und der Präsident ihre Kräfte messen. Dem Lande sollten alle im Besitze der Regierung befindlichen Tatsachen gegeben werden. Sowohl die ökonomischen wie die moralischen und menschlichen Interessen des Landes verbieten den Krieg. Gätten die europäischen Völker Gelegenheit gehabt, den einzuschlagenden Weg zu bestimmen, wie es das amerikanische Volk hat, so hätten wir keinen Krieg in Europa, berichtet London und hob hervor, daß die Diplomatie ein Ueberbleibsel längst vergangener Zeiten sei.

In der vom Genossen London eingereichten Resolution wurde darauf Bezug genommen, daß Präsident Wilson vom Kongreß verlangte, dieser solle das Recht der Amerikaner, auf armerischen Schiffen zu reisen, hochhalten.

Dagegenüber wurde darauf verwiesen, daß die Kriegsführenden viel bedeutendere Interessen der Neutralen verletzt haben und daß im Hinblick auf die Versuche, Amerika in einen Krieg zu drängen, der Kongreß eine ungewöhnliche Stellung einnehmen und die Politik der Vereinigten Staaten festlegen möge.

Aus diesem Grunde solle der Kongreß erklären, daß er dem Kriege, als einem Mittel zur Durchsetzung des Rechts der Amerikaner, auf bewaffneten Dampfern zu reisen, opponiere und gleichzeitig erkläre, daß eine Zulassung zur Waffengewalt nur dann berechtigt sei, wenn es gelte, einen bewaffneten Einfall abzuwehren.

Zu derselben Angelegenheit sprach Genosse Meyer-London im Kongreß am 6. März, als der Wg. Mc Demore eine „Warnungsresolution“ einbrachte analog derjenigen, die der Senator Gore einige Tage vorher im Senat eingebracht hatte. Beiden Resolutionen lag der Gedanke zugrunde, daß die amerikanischen Bürger bei der Ausstellung eines Reisepasses gewarnt werden sollten, auf einem bewaffneten Handelsschiff zu fahren, widrigenfalls sie sich des Hochverrats schuldig machen würden. Der Senat wies einer klaren Stellungnahme aus, da der Antragsteller Gore, um die drohende Ablehnung der Resolution zu vermeiden und andererseits eine Stellungnahme der Mehrheit für die Wilsonsche Politik zu verhindern, seinem Antrag im letzten Augenblick einen anderen Charakter verliehen hatte. Dieser Schachzug gelang, allein im Kongreß, wo die Debatte am 6. und 7. März stattfand, war der Verlauf der Verhandlungen ein anderer. Alle Parteimitglieder verhielten sich bei der Diskussion, und sowohl Demokraten wie Republikaner sprachen sich bei dieser Frage, die der Uebernahme der Verantwortung für die weitere Politik Wilsons gleichkam.

„Wir sollten nicht — sagte Genosse London — der unhaltbaren Methode des Senats folgen, erst zu handeln und dann zu debattieren.“ Der Kongreß müsse die sich ihm bietende Gelegenheit wahrnehmen, die äußere Politik entscheidend zu beeinflussen. Er dürfe den großen Fragen nicht ausweichen, sondern müsse sie ihrer Bedeutung entsprechend erledigen und die Verantwortung auf sich

nehmen. Die Frage, ob ein Handelsschiff für Verleumdung oder für den Angriff bewaffnet ist, sei eine Frage. Wer die sich Armee freisetzen mögen, das Volk sei aber nicht bereit für die Verwendung der Streikkräfte der Vereinigten Staaten zur Befestigung legaler Sophistereien.

„Was wir zu tun haben — erklärte London —, ist die Befestigung des Volkes zu befestigen, daß wir zum Kriege treiben. Dieser Pflicht dürfen wir uns nicht entziehen.“

London bekräftigte schließlich die Annahme einer Resolution, die ungewöhnlich erklärte, daß die Vereinigten Staaten nicht zur Anwendung von Waffengewalt schreiten wollen, um dem Anspruch gewisser Amerikaner Geltung zu verschaffen, die darauf bestehen, auf Handelsschiffen der Kriegsführenden zu reisen.

Bei der Abstimmung am 7. März wurde die Resolution Mc Demore mit 272 Stimmen gegen 137 „auf den Tisch des Hauses“ gelegt, d. h. vorläufig zurückgestellt. In der Minderheit stimmten Republikaner, Demokraten, Progressisten und natürlich auch unser Genosse London. Der Kongreß ist mit dieser Abstimmung einer endgültigen Stellungnahme aus dem Wege gegangen und hat dem Präsidenten vorläufig noch freie Hand gelassen. Wenn die starke Minderheit, die sich im Kongreß — allerdings aus verschiedenen Beweggründen — gegen die Politik Wilsons zusammengefunden hat, zeigt, daß die Beeinflussung der auswärtigen Politik des Präsidenten im Sinne einer Verhütung des Krieges einen starken Rückhalt im Lande hat.

Carranza warnt.

Washington, 13. April. (W. L. B.) Meldung des Neuterrischen Bureaus. Wie gemeldet wird, wurde vom Volke auf die amerikanischen Truppen, die durch Yboral (Provinz Chihuahua) marschierten, geschossen. Es folgte ein Gefecht, in dem die Amerikaner zwei Mann verloren. Zahlreiche mexikanische Zivilpersonen wurden getötet oder verundet. Carranza telegraphierte, daß seine Truppen den Amerikanern geholfen hätten, die Ordnung wiederherzustellen und appellierte an die Vereinigten Staaten, die Gefahren zu bedenken, die entstehen könnten, wenn die Bewohner des Landes zum Aufstand getrieben würden.

Mexico City, 13. April. (W. L. B.) Meldung des Neuterrischen Bureaus. Mexiko hat eine Note an die Vereinigten Staaten geschickt, in der verlangt wird, daß die amerikanischen Truppen aus dem Gebiet zurückgezogen werden und die Verfolgung Willas der Armee der mexikanischen Konstitutionalistern überlassen wird.

Politische Uebersicht.

Burian in Berlin.

Berlin, 14. April. (W. L. B.) Der österreichisch-ungarische Minister des Ackerbaues Baron von Burian ist heute mittags aus Wien hier eingetroffen. Mittags begab sich der Minister zum Reichskanzler, um mit ihm zu konferieren.

Gegen den Wehrbeitrag.

Die „Kreuzzeitung“ hält in einem längeren Artikel den liberalen Parteien und der Deutschen Fraktion, die den fortschrittlichen Antrag zur nochmaligen Erhebung eines Drittels des Wehrbeitrages in dem Hauptausschuß des Reichstages durchgedrückt haben, vor, daß sie sich samt und sonderes feinerzeit gegen jede Wiederholung eines Wehrbeitrages ausgesprochen hätten. Das Organ der Konservativen führt zum Beweise eine Reihe von Äußerungen der Abgeordneten Bremer und Goßeln, Banke und Stresemann an. Auch die Verbündeten Regierungen hätten, gleich den Konservativen, immer wieder während der damaligen Beratungen betont, daß „ein zweiter derartiger Zugriff auf den Besitz nicht mehr eintreten darf“.

Auch Herr Dertel wendet sich in der „Deutschen Tageszeitung“ gegen den Wehrbeitrag. Er spricht zugleich die Erwartung aus, daß die Verbündeten Regierungen ihren Widerstand nicht aufgeben würden. Mit Sperrdruck beruft er sich auf eine frühere freisinnige Äußerung, „daß der deutsche Volkswohlstand vor einem neuen Ueberlast dieser Art bewahrt werden müsse“. Als ob dem Volke nicht inzwischen ganz anders zur Ueber gelassen worden wäre!

Späte Einsicht.

Der amtliche „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen“ bespricht die gegenwärtige und die künftige Fürsorge für Beschaffung und Verteilung der Lebensmittel. In dieser Darstellung befinden sich folgende Sätze:

„Ein großer Abstand trennt das jetzt Erreichte von den ursprünglichen Grundlinien unserer nahrungswirtschaftlichen Regelung. Man empfindet das deutlich, wenn man die Denkschriften an den Reichstag vom November 1914 und ihre ersten Nachträge vergleicht mit dem jüngsten Nachtrag vom März 1916. Damals der Höchstpreis und das Zugreifen an unerwünschte Symptome die Hilfsmittel; heute Maßnahmen, die die Regelung an der Wurzel ansetzen; damals vorherrschend der Gesichtspunkt, die freie Regelung im Nahrungsverkehr möglichst weitgehend zu wahren, heute durchgreifende Organisation der Verteilung und des Verbrauchs“.

Die Ueberzeugung, zu der die amtlichen Stellen sich jetzt zaghaft durchgerungen haben, kommt reichlich spät, in mancher Hinsicht fast schon zu spät. Was man jetzt durchführen will, das haben der Vorstand der sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission der Gewerkschaften in weit umfassenderem Maße bereits im Jahre 1914 vorge schlagen. Damals hätte man zugreifen müssen und so mancher bittere Erfahrung auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung wäre dem deutschen Volke erspart geblieben. Die zukünftige Regelung wird mit folgenden Sätzen angedeutet:

„Wir können deutlich zwei Probleme der nächsten Zukunft scharf herausstreifen sehen. Das eine Problem ist sozialpolitischer Natur und lautet: Was hat zu geschehen, um den Minderbemittelten die Möglichkeit zu geben, ihr Bezugsrecht auf Fleisch, Butter, Zucker, Kaffee usw. nun auch auszuüben? Denn bei unerwünschten Preissteigerungen z. B. nützt das schönste Bezugsrecht nichts. Die Lösung liegt hier auf dem Gebiete der öffentlichen Fürsorge, der Selbsthilfe, der Arbeitsvermittlung usw. Das zweite Problem ist produktionspolitischer Natur und lautet: was hat zu geschehen, um die Erzeugung dauernd zu erfüllen? Wenn für beide Probleme ausreichende Lösungen gefunden sind, ist unsere Nahrungswirtschaft kriegsmäßig vollständig lückenlos organisiert.“

„Wenn für beide Probleme ausreichende Lösungen gefunden sind“ — in dieser Voraussetzung liegt das Subtilste Kern. Wenn aber diese Voraussetzung geschaffen werden soll, dann muß man weit über in das privatwirtschaftliche Gebiet eingreifen, als wie das bisher der Fall war.

Die Judenrot.

Ueber diese recht brennend gewordene Frage schreibt der amtliche „Nachrichtendienst“:

„Schritt für Schritt ergreift die zentrale Regulierung des Versorgungsganges alle wichtigen Nahrungsmittel. Voraussetzung des freien Verkehrs ist eine gewisse Fülle des Angebots, die Lagerhaltung und rasche und regelmäßige Lagerauffüllung, und

die so groß ist, daß auch starke plötzliche Verschiebungen und Schwankungen der Nachfrage den Markt nicht ernstlich stören. Fehlt diese Voraussetzung, reicht die verfügbare Ware bloß knapp für den normalen oder gar nur für eingeschränkten Bedarf aus, dann geht mit der Verkehrsfreiheit die Versorgungsunregelmäßigkeit und Versorgungsstörung Hand in Hand. Auch unsere Vorräte sind — wenigstens bei strenger Konsumregelung durchaus genügend — keineswegs mehr so überreich, wie etwa am Anfang des Krieges. Man weiß, daß im vorigen Jahre der Judentraubau stark zurückgegangen war und daß sich dem entsprechend auch die Judentraubproduktion der letzten Kampagne nicht unerheblich vermindert hat, während auf der anderen Seite der Verbrauch seit dem ersten Kriegswinter dauernd und stetig zunahm. Neuerdings ist der Konsumzuwachs auch künstlich durch Hemmungs- und rückwärtsloses Einhängern gesteigert worden. Da die Mühenanbaufläche sich ausdehnt, dürfen wir für die kommende Kampagne mit einem vergrößerten Erzeugungsquantum rechnen; bis dahin aber müssen wir mit den vorhandenen, schon ein wenig zusammengebrochenen Vorräten unfer Auslangen finden. Wir müssen insbesondere dafür sorgen, daß zur Verwertung und Kontrierung der Obsterte genug Zucker bereitsteht, denn die Obsterte ist, soweit sie nicht frisch verbraucht wird, Winterreserve, vor der auch nicht der kleinste Teil zugrunde gehen darf. Der verfügbare Zucker reicht, wie gesagt, vollkommen für den wirklich notwendigen, vernünftig begrenzten Bedarf; er könnte allzu früh erschöpft sein, wenn man nicht regelnd in die Versorgung eingreife.“

Wer vor dem Kriege gesagt hätte, daß in Deutschland eine Judenrot eintreten kann, der würde vermutlich für verrückt erklärt worden sein. Deutschland ist das Land gewesen, das die halbe Welt mit Zucker versorgt hat. Noch zu Beginn des Krieges ist in Zeitungen und Plakaten die Mahnung an die Bevölkerung gerichtet worden: „Eß Zucker!“ Und jetzt ist man genötigt, den Zucker zu rationieren und den Verbrauch dieses wichtigen Nahrungsmittels in ganz beherrschender Weise einzuschränken. Die Regelung der Nahrungsmittelversorgung des deutschen Volkes hat auf den meisten Gebieten so ziemlich alles zu wünschen übrig gelassen; die Behandlung der Zuckerfrage ist aber geradezu ein Schulbeispiel dafür, wie man es nicht machen darf. Durch die Mahnungen des amtlichen „Nachrichtendienstes“ wird keinem Menschen geholfen, es wird nur versucht, die Schuld der in Frage kommenden Kreise zu verschleiern.

Spiritus-Monopol.

In der „Rfm. Ztg.“ finden wir folgende Aufsätze aus „Brennereifreien“:

„In der Spiritusindustrie bereitet sich offenbar eine höchst bedeutsame und tief einschneidende Veränderung vor. Die tatsächliche Monopolstellung der Spirituszentrale, der heute schon rund neun Zehntel aller Brennereien angehören, soll in eine rechtliche umgewandelt werden, mit anderen Worten, die gesamte Vertriebsleistung des Branntweins soll der Spirituszentrale übertragen werden; sie allein soll bestimmen, selbstständig unter Aufsicht des Reichskanzlers, wieviel Branntwein hergestellt und für welche Zwecke er verwandt werden darf; an die Spirituszentrale müssen dann auch in Zukunft sämtliche Bremer des Deutschen Reiches ihre Erzeugnisse abliefern. Die Außenleiter erhalten das Recht, dem Wertungsverband deutscher Spiritusfabrikanten beizutreten. Bei Festsetzung der Branntweinpreise soll die Spirituszentrale an die Zustimmung eines Beirats gebunden sein, der vom Reichskanzler ernannt wird. Die neue Organisation soll der Reichszuckerstelle oder der Reichsalkoholstelle nachgebildet werden. Wie man hört, erfolgt die geplante Umwandlung der Spirituszentrale noch im Laufe dieses Monats.“

Diese Angaben dürften — so bemerkt das „Berliner Tageblatt“ — hierzu — zutreffend sein, und man geht kaum fehl, wenn man die Nachricht von der Monopolisierung der Spirituszentrale mit der kürzlich gemeldeten Gründung einer „Reichsbranntweinstelle“ in Zusammenhang bringt. Weñlich wie die Reichsgetreidestelle aus zwei Abteilungen — der Verwaltungs- und Geschäftsabteilung — besteht, dürfte auch die Reichsbranntweinstelle aus zwei Organen sich zusammensetzen, von denen die Geschäftsabteilung mit der „Spirituszentrale“ identisch ist.

Verband der Landkreise.

Die Gründung eines Verbandes der Landkreise regt Regierungsassessor v. Wörde-Potsdam im „Preussischen Verwaltungsblatt“ an. Wie sich die auf beruflicher Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane zu freien Vereinigungen zusammengeschlossen haben, zum Landwirtschaftsrat, Handelstag, Handwerks- und Gewerkekammertag, und die Städte und Gemeinden Zentralstellen geschaffen haben, wie den preussischen und den deutschen Städteverband, den Reichsverband deutscher Städte und den Verband der größeren preussischen Landgemeinden, so sei auch ein Zusammenschluß der Landkreise wünschenswert und notwendig, an dem es bisher fehle. Das Arbeitsgebiet der Landkreise sei ebenso unbeschränkt, wie das der Gemeinden und Städte und auch bei ihnen habe sich die Selbstverwaltung glänzend bewährt. Und die Tätigkeit dieser Körperschaften gebe ein bereicheres Zeugnis für deren Zweckmäßigkeit. Der Krieg habe auch die Landkreise vor ganz neue Aufgaben gestellt und nach dem Friedensschluß werden sich ihnen weitere Gebiete öffnen. Gerade darum sei aber trotz aller Verschiedenheiten die Schaffung einer Zentralstelle der Landkreise nützlich.

Der weimarische Landtag.

wird am 1. Mai seine Beratungen fortsetzen. Nach einer Mitteilung des „Verf. Tagebl.“ wird sich der Landtag in der ersten Sitzung mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Verlängerung der Finanzperiode und des Steuergesetzes sowie mit der Amtsdauer der Landtagsabgeordneten beschäftigen. Mit Rücksicht auf die zahlreichen im Felde stehenden Wahlberechtigten soll von der Ausdehnung neuer Landtagswahlen einstweilen noch abgesehen werden. — Zur Deckung der Bedürfnisse des Staatshaushalts beantragt die Regierung, ihr die Ermächtigung zur Aufnahme weiterer Vorläufe bis zum Gesamtbetrag von 5 Millionen Mark zu erteilen, nachdem ihr ein gleich hoher Kredit bereits früher bewilligt worden ist. Weitere Vorlagen betreffen die Gewährung von staatlichen Zuschüssen zum Ankauf von ausländischer Torfstreu, Gewährung staatlicher Zuschüsse zum Ankauf von Epfelsäure, Ankauf von Futtermitteln.

Das Rechnungsjahr 1915 hat mit einem Fehlbetrag von rund drei Millionen Mark abgeschlossen. Mindestens gleiche Fehlbeträge werden für 1916 und 1917 erwartet. Die Regierung nimmt daher Steuerzuschläge in Aussicht, die im Mindestbetrage 4 Proz., im Höchstbetrage 40 Proz. ausmachen und schon für die Zeit vom 1. Juli d. J. an erhoben werden sollen. Die Maßnahmen dazu ist für die Rechnungsjahre 1916 und 1917 auf 1 975 000 M. veranschlagt.

Die Weizenlage in Holland.

Amsterdam, 12. April. (W. L. B.) Ähnlich wird mitgeteilt, daß infolge der Schwierigkeiten bei der Weizenversorgung von Liebersee die Weizenfabrikanten kein Weizenmehl werden mahlen dürfen, wenn der vorhandene Vorrat verbraucht ist, und daß spätestens vom 24. April an nur noch grobes, braunes Weizenbrot wird gebacken werden dürfen.

Gewerkschaftliches.

Die Tarifrage im Berliner Baugewerbe.

In einer Versammlung des Groß-Berliner Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer, die am Donnerstag stattfand, erstattete Witt Bericht über das Resultat der Tarifverhandlungen im Berliner Baugewerbe. Der Zimmererverband hatte gemeinschaftlich mit dem Bauarbeiterverband zum Zweck eines neuen Tarifabschlusses dem Verband der Baugeschäfte eine Lohnerhöhung von 26 Pf. pro Stunde vorgeschlagen. Die Höhe der Forderung wurde eingehend unter Bezugnahme auf die ganzen jetzigen Verhältnisse begründet, namentlich aber mit der absoluten Notwendigkeit eines Ausgleichs gegenüber den außerordentlich hohen Preisen aller Lebensbedürfnisse. Unter anderem wurde darauf verwiesen, daß eine Anzahl Unternehmer des Baugewerbes bereits höhere Löhne zahlen, wodurch die Möglichkeit der Bewilligung der Forderung bewiesen sei. Der Verband der Baugeschäfte hat die Forderung abgelehnt und nach Verhandlungen das Angebot gemacht, zu dem bisherigen Tarifsatz von 84 Pf. eine Erhöhung von 11 Pf. zu bewilligen. Da verschiedene Unternehmer mehr zahlten, so wurde von der Unternehmervereinigung erklärt, gehe den Verband der Baugeschäfte von Berlin und Umgegend nichts an. — Die Gewerkschaftsvertreter gingen darauf nicht ein, verhandelten aber im Auftrage der Arbeiter weiter, um mehr herauszuholen. Schließlich kam nach einer Schlichterverhandlung mit dem Verband der Baugeschäfte am 22. März ein Resultat zustande, für das in entscheidenden Versammlungen der Mitglieder einzutreten sich auch die Gewerkschaftsvertreter bereit erklärten. Dies Resultat geht dahin:

Vom 15. April 1916 ab soll für Maurer und Zimmerer ein Kriegszuschlag von 11 Pf. per Stunde gezahlt werden, sowie geübten Bauhilfsarbeitern und Wasserträgern ein Zuschlag von 14 Pf. pro Stunde. Vom 5. August 1916 ab erhalten sämtliche Kategorien der im Tarifvertrag behandelten Arbeiter eine weitere Zulage von 3 Pf. pro Stunde.

Umfänglich der Uebergangszeit wurde von beiden Parteien folgende protokolllarische Erklärung abgegeben:

„Werden auf einer Arbeitsstelle höhere Löhne gezahlt, als der Vertrag vorsieht, so bleibt der höhere Lohn bestehen, solange der Arbeitnehmer, welcher ihn erhält, an dem betreffenden Objekt arbeitet, jedoch nicht länger, als höchstens halbes bis sechs Wochen nach dem Beginn des neuen Tarifvertrages.“

Ueber die Dauer des Vertrages wurde festgestellt: „Der neue Tarifvertrag wird abgeschlossen bis zum 31. März 1917. Er behält jedoch seine Gültigkeit bis zum 31. März 1918, wenn am 31. Dezember 1916 mit einer der feindlichen europäischen Großmächte der Friede noch nicht geschlossen ist.“

Beide Parteien gaben ferner noch zu Protokoll: „Sofern der neue Vertrag zustande kommt, übernehmen die am Vertrage beteiligten Parteien die Verpflichtung, in dieser Vertragsperiode mit besonderem Nachdruck die im § 9 des Vertrages niedergelegten Bestimmungen einzuhalten und für deren Durchführung zu sorgen. Insbesondere ist darauf zu achten, daß die im Vertrage festgesetzten Löhne eingehalten werden.“

Schließlich wurde noch vereinbart, daß die beteiligten Gewerkschaften bis zum 14. April dem Verbands der Baugeschäfte mitteilen sollen, ob sie die Bedingungen des Vertrages annehmen. Bis dahin soll der alte Vertrag in Kraft bleiben.

Die Schlichtungskommission in Gemeinschaft mit dem Zahlstellenverband hat dies Resultat der Verhandlungen geprüft und man ist dazu gekommen, für die Annahme einzutreten, wofür sich auch die Konferenz der Bezirksführer erklärt hat. Man geht davon aus, daß

durchaus nicht alle Wünsche erfüllt sind, daß man aber aus dem Grunde dafür eintrete, weil man keine Möglichkeit sehe, unter den gegenwärtigen Verhältnissen und unter Beibehaltung eines Tarifvertrages zu höheren Lohnsätzen für alle zu kommen. Das Interesse der Gesamtheit steht im Vordergrund.

Mit allen gegen sechs Stimmen wurde nach kurzen Ausführungen eines Redners aus der Versammlung beschlossen:

„Die Versammlung erklärt sich mit der Stellungnahme ihrer Vertreter bei den Tarifverhandlungen einverstanden und stimmt ihren Vorschlägen zu. Sie beauftragt den Vorstand der Zahlstelle, auf Grundlage des Ergebnisses der Tarifverhandlungen mit dem Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin ein neues Vertragsverhältnis abzuschließen.“

Witt teilte dann mit, daß die Mitglieder des Verbandes der Baugeschäfte von Groß-Berlin in ihrer Generalversammlung am 17. April zur Tarifvorlage Stellung nehmen würden. Höchstwahrscheinlich werde der neue Tarifvertrag zustande kommen. Dazu sei nun noch folgendes zu bemerken: In Groß-Berlin führten eine Anzahl Unternehmer Tiefbauarbeiten aus. In einer Baugewerkszeitung sei zu lesen gewesen, daß die Tiefbauunternehmer den Grundsat aufgestellt hätten, daß sie ihre Abmachungen selber regeln und daß die Abmachungen der Hochbauunternehmer für sie keine Bindung hätten. Es könnte so der Fall eintreten, daß man mit diesen Tiefbauunternehmern noch in Differenzen käme. Denn die Kameraden seien verpflichtet, auf der ganzen Linie vom 15. April ab den erhöhten Stundenlohn zur Durchführung zu bringen, gleichviel mit welchen Arbeiten sie beschäftigt würden. Gleichviel, ob im Hochbau oder im Tiefbau, hätten sie 85 Pfennig Stundenlohn zu beanspruchen.

In einer später stattfindenden Konferenz für die Provinz Brandenburg wurde seitens der Berliner Zahlstelle Gustav Rüg delegiert.

Die Versammlung beschloß, den beiden Zahlstellenangestellten ab 15. April eine Feuerungszulage von je 25 M. monatlich zu bewilligen.

Vor diesen Verhandlungspunkten wurden zu der gedruckt vorgelegten Abrechnung für das erste Quartal 1916 einige Erläuterungen gegeben. Die Mitgliederzahl der Zahlstelle betrug am Schluß des ersten Quartals 1914 gegenüber 1310 am Schluß des vierten Quartals 1915.

Zum Revisor wurde Paul Fischer gewählt.

Berlin und Umgegend.

Die Töchter des Schieberä.

Einen säueren Stand hat die Schlichtungskommission für das Schneidergewerbe mit dem Zwischenunternehmer Weißberger, einem alten, kleinen Männchen, das mit seinen Angehörigen aus Galizien nach Berlin gekommen ist, allwo Milch und Honig fließt. Weißberger gehört zu jenen Unternehmern, die kürzlich von Runge dahingehend charakterisiert worden sind: sie kommen aus dem Auslande hierher, können kaum lesen und schreiben, setzen sich aber rücksichtslos über alle vorhandenen sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter hinweg, um in rücksichtsloser Weise ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen. Wenn sie genug verdient haben, dann gehen sie wieder hin, wo sie hergekommen sind. Auch Weißberger gab in der letzten Sitzung seine Absicht kund, nach dem Kriege wieder nach Galizien zurückzukehren. In einem früheren Termin war er verlagert auf Nachzahlung und bestritt vorerst, daß die Schlichtungskommission für ihn Geltung habe, da er mit seinen Leuten Privatabmachungen getroffen habe. Dann erklärte er, seine mitauweidende Tochter sei Mitinhaberin des Geschäftes. Diese erkannte die Entscheidung auch an, zahlte aber nicht. Zweck Vollstreckung kam die Sache nun vor

das Gewerbegericht. Dort erklärte die Tochter nunmehr, der Vater sei Inhaber.

In der letzten Sitzung stand wieder ein neuer Fall an, in dem Weißberger verlagert war. Hier wandte er ein, seine Tochter, die mitgekommen war, besitze das Geschäft. Es war aber nicht dieselbe Tochter, sondern eine andere, ganz neue. Jeder genaueren Feststellung seitens der Kommission entging er geschickt, so daß die Inhaberfrage nicht geklärt werden konnte. Die Kommission setzte darum einen neuen Termin an, in dem nun endlich einmal diesem unerhörten Treiben ein Ziel gesetzt werden wird, so daß die Arbeiter trotz aller Winkelzüge zu ihrem Gelde kommen werden.

In einer Reihe anderer Fälle konnten noch mehr oder weniger große Summen für klagende Arbeiter herausgeholt werden, in einer Sitzung auf dem Vergleichswege 403 M.

Ausland.

Beendigung des Metallarbeiterstreiks in Winterthur.

Der Streik der 1200 Metallarbeiter der Lokomotiv- und Maschinenfabrik Winterthur ist nach 10tägiger Dauer unter Mitwirkung des Einigungsamtes mit dem Erfolge der Arbeiter beendet worden, daß für alle Arbeiter eine Lohnerhöhung von mindestens 10 Prozent und sonstige Verbesserungen der Arbeits- und Lohnverhältnisse zustande kamen. D diesem Erfolg steht aber die Nichtwiedereinstellung der beiden gemäßigten Genossen gegenüber, so daß der Ausgang des Kampfes ein für die Arbeiter unbefriedigender ist.

Erdarbeiterstreik in Frankreich.

Paris, 14. April. (W. Z. V.) Wie das „Petit Journal“ meldet, greift unter den Erdarbeitern eine Streikbewegung um sich. Ein Delegierter des Erdarbeiterverbandes erklärte, daß infolge der Teuerung und der häufigen Arbeitslosigkeit Forderungen auf höheren Lohn gestellt werden würden. Diese Forderungen haben in einzelnen Bezirken bereits zum Ausstand geführt.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Die Compagnie Laferme, Tabak- und Zigarettenfabriken in Dresden, steigerte ihre Dividende von 10 auf 15 Proz.

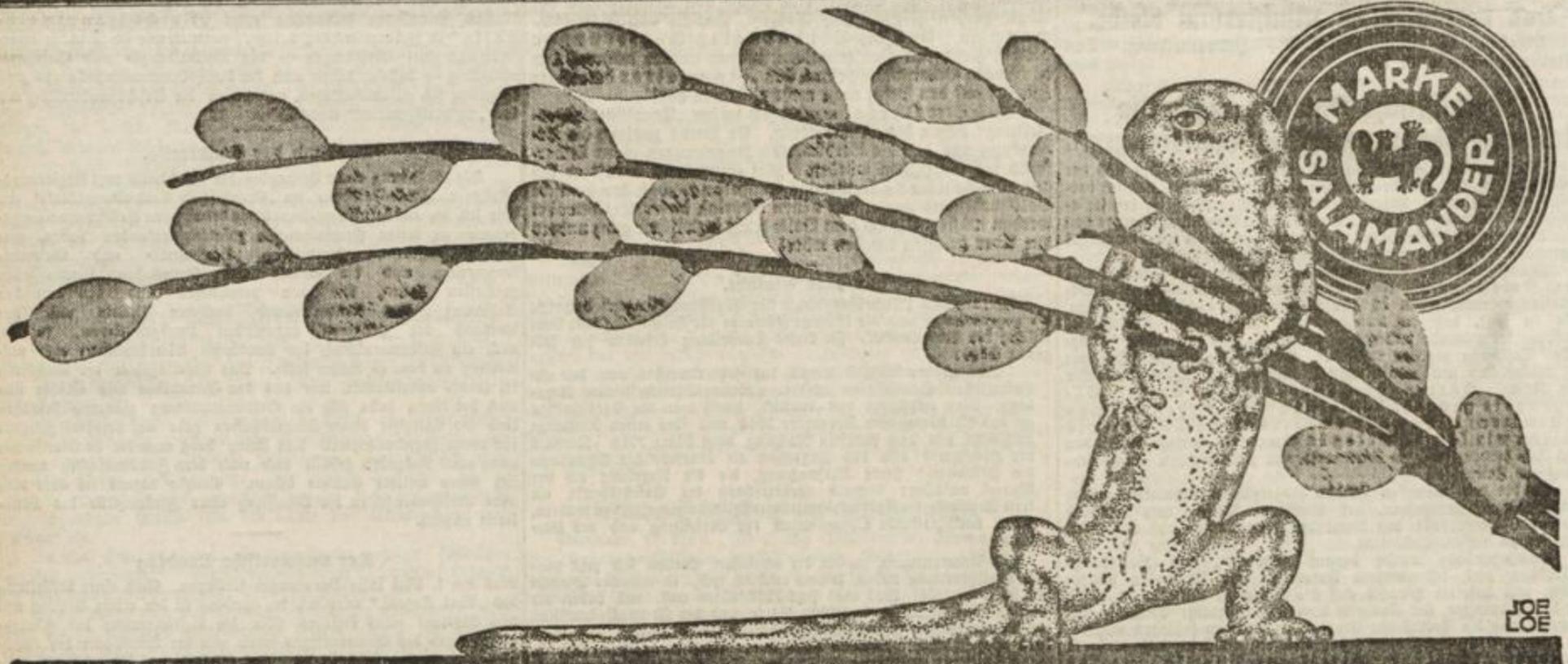
Die F. Rappersbusch u. Söhne, Alt.-Ges., in Gelsenkirchen-Schalle steigert ihre Dividende von 13 auf 17 Proz.

Die Stobawerke.

Der Jahresabschluss der Stobawerke der österreichischen Kanonenfabrik weist einen Rohgewinn von 24 758 819 Kronen und einen Reingewinn von 9 957 860 Kronen auf. Als Dividende schlägt der Verwaltungsrat 34 Kronen gegen 28 Kronen im Vorjahre vor. 1 000 510 Kronen sollen auf neue Rechnung vorgetragen werden. Der Verwaltungsrat beschloß ferner bei der Generalversammlung zu beantragen, das Aktienkapital von 42 auf 45 Millionen Kronen zu erhöhen. Die neuen Aktien sollen vom 1. Januar 1916 ab dividendenberechtigt sein und den bisherigen Aktionären zum Bezuge angeboten werden.

Die vierte österreichische Kriegsanleihe.

Nach dem Projekte für die vierte österreichische Kriegsanleihe beträgt der Zeichnungskurs für die Steuerfreie mit 5 1/2 Proz. verzinsliche in 40 Jahren rückzahlbare Staatsanleihe 93 Proz. und für die steuerfreien mit 5 1/2 Proz. verzinslichen und am 1. Juni 1923 rückzahlbaren Staatsanleihe 95 1/2 Proz. Die österreichisch-ungarische Bank und die Kriegsdarlehnskasse gewähren den Zeichnern die sämtlichen bereits bei den früheren Kriegsanleihen eingeräumten Bezugsbegünstigungen. Umsätze in den beiden Anleihen unterliegen der Effektenumschlagsteuer nicht. Die Zeichnung beginnt am 17. April und wird am 15. Mai mittags geschlossen. (W. Z. V.)



Salamander Stiefel für Ostern

Salamander Schuhges. m. b. H. Berlin
Zentrale Berlin W. 8, Friedrichstraße 182

Soziales.

2354 Mark für Ueberstunden.

Der höchste Betrag, den wohl je das Berliner Kaufmannsgericht für Ueberstunden bewilligte, wurde einem vor der 1. Kammer Klage erhebenden Angestellten zugesprochen. Der Kläger L. war zehn Jahre lang in der Geldschrankfabrik von A. S. Reichen tätig gewesen und bezog als Lohnbuchhalter nach Ausbruch des Krieges ein Gehalt von 210 M. Wie er in der Verhandlung ausführte, habe die Beklagte Firma, trotzdem der Betrieb durch umfangreiche Heereslieferungen erweitert wurde, statt der 23 kaufmännischen Angestellten, die vor dem Kriege tätig waren, nur noch sieben Angestellte beschäftigt. Infolge dieser Personalbeschränkung habe er, obgleich er um 8 Uhr früh, zuweilen auch um 7 und 1/2 Uhr, mit der Tätigkeit begann, fast regelmäßig bis in die späten Abendstunden nacharbeiten müssen. Weist habe er auch seine Mittagszeit geopfert, und spät abends seien ihm oft infolge der übermenschlichen Anstrengungen vor Müdigkeit die Augen zugesallen. Da dem Kläger die verlangten Ueberstundengelder von je 1,50 Mark für insgesamt 1569 Stunden nicht freiwillig gezahlt wurden, strengte er die Klage an. Darauf erhielt er die Kündigung von Seiten der Beklagten.

Der als Vertreter der Firma erschienene Generalbevollmächtigte, Generaldirektor Schwabe, stellte sich gegenüber dem Verlangen des Klägers auf einen streng ablehnenden Standpunkt. Ueberstundengelder zähle er an kaufmännische Angestellte prinzipiell nicht, denn in der jetzigen Zeit gebiete es die Pflichterfüllung, daß jeder Beamte sich zu Höchstleistungen aufraffe. Nachdem Zeugen die umfangreiche Ueberstundenarbeit des Klägers bestätigt hatten, erfolgte antragsgemäß Verurteilung der Firma zur Zahlung von 2354 M. — Die Frage, ob die Bezahlung für Ueberstunden zugesagt worden sei, schalte aus, da nach der Auffassung des Gerichts Ueberstunden an sich bezahlt werden müssen.

Berichtszeitung.

Verlängerung von Kriegsverordnungen.

Der Bundesrat hat die Wirksamkeit der Verordnung vom 7. August 1914, nach welcher Personen, die im Auslande ihren Wohnsitz oder Sitz haben, ihre vor dem 31. Juli 1914 entstandenen Vermögensansprüche vor inländischen Gerichten nur mit Bewilligung des Reichsanwalters geltend machen können, bis zum 31. Juli 1916 verlängert. Für Personen, die ihren Wohnsitz oder Sitz in Oesterreich-Ungarn oder in der Schweiz haben, ist die Bewilligung des Reichsanwalters bekanntlich in allgemeiner Form durch die Bekanntmachungen vom 20. April und 25. Juni 1915 mit der Maßgabe erteilt worden, daß sich die Bewilligung für die Schweiz nicht auf Angehörige Englands, Frankreichs und Rußlands erstreckt. Im Rechtsverkehr mit den übrigen nichtfeindlichen Staaten wird die Bewilligung in weitem Umfange auf Antrag im einzelnen Fall erteilt.

Ferner hat der Bundesrat für Weckel, die in Elsaß-Lothringen zahlbar sind, die Protokolle abermals in der Weise verlängert, daß sie frühestens am 31. Juli 1916 ablaufen.

Bannbruch.

Kürzlich wurde im Reichstag dargelegt, eine Entlastung der Gerichte ließe sich leicht durch Verminderung überflüssiger Anklagen herbeiführen. Eine gestern vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I verhandelte Anklage wegen „Bannbruchs“ bestätigte die Verächtlichkeit dieser Ansicht.

Angelagt war ein Zigarettenmacher David Goldschläger. Die Anklage ging dahin, er sei unbefugt in das Bundesgebiet zurückgekehrt, nachdem er ausgewiesen worden war. Vor fünf Jahren war der Angeklagte, ohne daß er etwas begangen hätte, als „lästiger Ausländer“ ausgewiesen worden. Während seine Familie in Berlin blieb, war er in sein Heimatstädtchen zurückgekehrt und betrieb dort eine kleine Zigarettenfabrikation. Als nach Ausbruch des Krieges die Russen dort eingeschlagen waren, flohen die Einwohner, soweit sie dazu imstande waren. Auch der Angeklagte, dem die Russen schon zwei nahe Verwandte getötet hatten, rettete sich im letzten Augenblick auf einen noch nach Deutschland abgehenden Zug, der bis Oberberg durchfuhr. Von dort kehrte er sich nach Berlin durch und fand hier Obdach bei seiner Familie. Er hatte nicht daran gedacht, daß ihm nach etwa drei Monaten seines Hierseins eine Anklage wegen Bannbruchs blühen würde. Das Schöffengericht hatte ihn freigesprochen, der Staatsanwalt legte aber Verurteilung ein und beantragte die Verurteilung des Angeklagten zu zwei Wochen Haft. Das Gericht führte aus, es habe der Angeklagte wohl annehmen können, daß die vor fünf Jahren erfolgte Ausweisung jetzt, wo Oesterreich im engsten Bunde mit Deutschland stehe, vielleicht keine Geltung mehr habe. Wenn er sich in diesem Punkte in einem tatsächlichen Irrtum befunden, so könne ihm dies nicht nachgetragen werden. Ueberdies müsse doch auch bedacht werden, daß der Angeklagte, nachdem ihn einmal der Zug bis nach Preußen gebracht hatte, sich wieder in einem gewissen Kostlande befunden habe, denn unter den heutigen Kriegsverhältnissen sei es nicht gerade leicht, aus Preußen wieder herauszukommen. Die Verurteilung des Staatsanwalts wurde verworfen.

Zum Nordprozeß in Schneidemühl.

Die Geschworenen haben für den zu sechs Monaten Gefängnis verurteilten Vater des Hauptangeklagten Willi Westphal ein Gnadengeßel eingeholt. Nach Formulierung der Schuldfragen gab der Angeklagte, wie wir zu dem bereits auf Grund eines Telegramms gemeldeten Urteil noch nachtragen wollen, zu, den Nord gegen Vorkaust und den Nordveruch gegen Faber vorzüglich begangen zu haben. Der Offizialverteidiger des Angeklagten führte unter anderem aus, daß der vom Hauptangeklagten, Betrug und Urkundenfälschung lebende Angeklagte auch Artikel über — Moral für Zeitungen geschrieben hat.

Aus aller Welt.

Der Modepolizist.

Der „Deutsche Kurier“ schreibt: „Die Münchener Polizeidirektion hat an die dortige Schatzmannschaft einen auffordernden Bescheid ergehen lassen, der in seinen Folgen von recht unangenehmer Bedeutung für die Damen sein kann, die sich auf den Straßen der süddeutschen Kunststadt bewegen. Danach sind alle Münchener Polizisten ermächtigt, alle Damen, die nach ihrer Meinung zu auffallend, der modernen Mode entsprechend gekleidet sind, auf der Straße zu stellen und zur Feststellung ihrer Personalkennzeichen zur Wache zu bringen. Die erste Verhaftung soll sich bereits gestern (Mittwoch) ereignet haben. Eine Dame, die den Bahnhofspolizisten überschritt, war dem Münchener Polizisten zu modern gekleidet und außerdem gepudert. Sie mußte, dem Befehl gemäß, den Weg auf Polizeirevier antreten, dort den Puder abwischen und wurde nach einer Verurteilung wieder entlassen. — Falls sich was wir einstweilen noch bezweifeln möchten, der Vorgang beweist, würde er einen schweren Eingriff in die persönliche Freiheit darstellen. Selbst wenn die Dame zu auffallend gekleidet war, so eignet sich doch wohl kaum der Schutzmann zum Gesichtsbildner. Er kann wohl feststellen, ob ein deutscher Soldat richtig und korrekt angezogen ist, ob seine Uniform den vorchriftsmäßigen Schuß besitzt, nicht aber darüber urteilen, wo die Grenze der Eleganz oder der zu auffallenden Kleidung bei einer Dame liegt. Die Verurteilung wird ins Angeheure steigen, falls dieser Befehl seine Gültigkeit behält.“

Wir schließen uns diesem Urteil an. Erwähnen wollen wir aber bei dieser Gelegenheit, daß sich vor einigen Wochen in Berlin in der

Tanzenstraße ein ähnlicher Vorfall ereignete. Damals fand sich ein Blatt, das dieses nicht einmal durch eine Verordnung gestützte Vorgehen eines Polizisten lebhaft begrüßte. Es war die von dem Reichstagsabgeordneten Wilhelm Bruhn herausgegebene „Wahrheit“, worüber man sich bei dem Charakter dieses Blattes allerdings nicht zu wundern braucht.

Eine sonderbare Zuwendung.

In dem Etat des preussischen Finanzministeriums für 1916 befindet sich folgender Vermerk: „Der im Jahre 1910 verstorbene Verwaltungsgerichtsdirektor A. D. Geh. Regierungsrat Eisner von Gronow zu Ködlin hat testamentarisch dem preussischen Staat 10 000 M. mit der Bestimmung vermacht, daß dieses Kapital zinsbar anzulegen und gesondert zu verwalten ist, die Zinsen aber so lange zum Kapital zu schlagen sind, bis dieses den Betrag der Staatsschulden erreicht. Von diesem Zeitpunkt an dürfen die jährlichen Zinsen bis zur Hälfte verbraucht werden, während der Rest weiter zum Kapital zu schlagen ist. Die Annahme der Erbschaft ist genehmigt worden. Das Legat wird bei der Generalstaatskasse verwaltet; es beträgt jetzt abzüglich der auf 1000 M. berechneten Erbschaftsteuer 9400 M.“

Man muß es den Mathematikern überlassen, festzustellen, in welchem Jahrhundert dieses Legat die Höhe der preussischen Staatsschulden erreicht hat, die vermutlich überdies viel rascher wachsen werden, als diese dem preussischen Staat gemachte Zuwendung.

Des Hamstern. Der „Post“ wird aus Lindeburg berichtet: Keulich kommt da der Vorkäufer zu einer sehr wohlhabenden Dame. Sie fragt ihn, ob er Briefmarken bei sich habe. Als die Frage bejaht wurde, kauft sie ihm den ganzen Vorrat ab und bittet ihn, er möge doch am nächsten Tage ihr noch für mehrere Mark mitbringen. Auf die erkaunte Frage, was sie denn mit den vielen Marken anfange, da ihr Briefwechsel doch nicht so groß sei, erwidert sie, in den Postungen habe gestanden, daß die Briefmarken demnächst teurer werden würden, und da wolle sie sich vorher noch einen ordentlichen Posten einkaufen. — Nun, Briefmarken einzukaufen hat wenigstens nicht den Nachteil, daß sie verderben wie Nahrungsmittel. Deshalb kann man der betreffenden Dame ihr zweifelhaftes Vergnügen gönnen.

Keine Sommerzeit in Skandinavien. Aus Anlaß der Einführung der Sommerzeit in Deutschland haben telegraphische Unterhandlungen zwischen dem norwegischen und schwedischen Staatsbahnen stattgefunden, jedoch mit dem Erfolg, daß vorläufig keine Veränderungen eintreten.

In Frankreich ist die Frage der Einführung der Sommerzeit noch nicht zur Entscheidung gelangt. In den letzten Tagen haben sich die Akademie der Wissenschaften und die Budgetkommission der Kammer dagegen ausgesprochen, während die Akademie für Sport und die Kommission für Unterricht den Entwurf des Gesetzes einstimmig gutgeheißen haben. Damit ist die Einführung der Sommerzeit auch in der Schweiz vorläufig noch hinausgeschoben, denn eine schweizerische Fahrplankonferenz stimmte für die Einführung nur, wenn neben Deutschland auch Frankreich die Sommerzeit einführt.

Parteiveranstaltungen.

Charlottenburg. Der Bildungsanschuß veranstaltet Sonntag, den 16. April, eine Besichtigung der Ausstellung für Kriegsgeschädigtenfürsorge unter sachkundiger Leitung. Sammlung um 12 1/2 Uhr vor der Ausstellung (Traunhoferstraße).

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Schuhfabrik Conrad Tack u. Co. macht auf ihre Schuhwaren-erzeugnisse aufmerksam, insbesondere auf den Condor-Patent-Herrenschuh, der, sehr geschätzt, nie zu fälschen, für Starkeleibte, Einarmige, Blinde usw. eine große Erleichterung darstellt.

Die Firma S. N. K. Schöneberg, Hauptstraße 1, weist anlässlich des bevorstehenden Osterfestes auf ihre Leistungsfähigkeit hin, die es ihr ermöglicht, trotz des Stoffmangels dem veränderten Geschmack durch eine enorme Preiserhöhung auch an Weihnachtskarten Rechnung zu tragen. Die Firma verweist ferner auf den guten Kauf, den sie in Bezug auf preiswerte Angebote und absolut reelle Bedienung seit Jahrzehnten bezieht.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 2. Heft vom 2. Band des 34. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Spaltung der Reaktion. Von R. Knauth. — Die soziale Unruhm in Amerika. Von A. Köhler. — Vermischte Auslegungsmittel. Von Heinrich Cunow. — Die Kolonien der europäischen Mächte in handelswirtschaftlicher Beziehung. Von Spectator. (Schluß). — Bevölkerungszunahme und Frauenarbeit. Von D. Ratulau. — Anzeigen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 15 des 24. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Vorkommnisse zur Fraktionsspaltung. — Jeun Jahre trete Dienstbotenbewegung. Von Helene Grünberg. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F. — Notizen: Für den Frieden. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Frauenarbeit. — Fürsorge für Mutter und Kind.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 8. Nummer des 33. Jahrganges erschienen und bringt aus Anlaß der 300. Weiberkehr des Todesstages Wilhelm Shakespeares eine ausführliche Würdigung seines Lebens und seines künstlerischen Schaffens aus der Feder John Schilonski. Der Abhandlung sind das Porträt des Dichters, sowie die wohl gelungenen Abbildungen seines Geburtsortes, seines Grabmals, eines zeitgenössischen Londoner Theaters sowie des Shakespearedenkmals in Weimar beigegeben.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 16. April 1916, vormittags 9 Uhr, Sappel-Allee 15/17; Reutlin, Ideal-Passage; Tegel, Bahnhofstr. 15, und Oberadnswald, Altkirch. 2; Freireligiöse Vorlesung. — Sonntags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6; Vortrag des Herrn Ernst Rottler: „Philosophie und Religion.“ — Nächste Jugendvorlesung: Sonntag, den 30. April.

Arbeiter-Samariterbund. Kassone Groß-Berlin. Lehrstunde haben nächste Woche, abends 8 1/2 Uhr: 1.—6. Abteilung, Montag, den 17. April, Köpenicker Straße 62, Restaurant. Vortrag: Bundes-Vor. G. Stein. Nach dem Vortrag praktische Verhandlungen. — Freitag, den 21. April (Karfreitag), Geländewandlung auf Tempelhof „Richter“, Köpenicker Landstr. Treffpunkt mittags 1 1/2 Uhr, Treptow, Parfischlöcher, Straße am Treptower Park, Ecke Parkstraße.

Briefkasten der Redaktion.

N. 6. 13. Dauernd garnlos und Arbeitsverwendungslos. — N. 6. 25. Rein. — G. 90. Nichten Sie eine Bekwende an den Magistrat. — G. 7. 1886. Sie brauchen sich nicht zu melden. Nachmutterung kann erfolgen. — Alfred 1000. Rein. — 3. 16. Sie haben keinen Anspruch auf die Reichswochenbilte, da Ihr Name nicht eingetragen ist. — N. 2. Mariendorfer. 1. Rein. 2. Auch diese brauchen sich nicht zu melden, da sie nach dem 4. September 1915 als dienstunfähig befunden worden sind. 3. Ja, soweit Nachmutterung nach September 1915 nicht erfolgt ist. — W. 450. Wenn Antwort bisher im Briefkasten noch nicht erfolgt ist, müssen Sie Ihre Anfrage noch einmal wiederholen. — Stern 1916. 1. Ja. 2. Die Abmeldung kann schriftlich erfolgen. 3. Es genügt ein gedruckter Brief 4. Bezirkskommando IV, Berlin-Schöneberg. Geben Sie die Nummer Ihrer Stammbilte an. — G. 1. Den Antrag auf Kriegselterngehalt können Sie für den zweiten geborenen Sohn stellen, weil dieser zu Ihrem Lebensunterhalt erheblich beigetragen hat, was bei dem ältesten Sohn nicht der Fall sein dürfte. — W. 6. 1889. 1. Einziehung wird wahrscheinlich nicht erfolgen. Nachmutterung kann aber noch stattfinden. 2. Das liegt bei der Entscheidung des Militärarztes, wahrscheinlich aber werden Sie nicht mehr für leibdienstfähig erachtet. — N. 6. 18. 1. Rein. 2. Ja. — W. 2. 51. Ja. — Unteroffizier 71. Rein. Sie müssen sich mit dem abschließenden Bescheide zufrieden geben. — W. M. 48. Sie müssen gegen die unberechtigte Einziehung der Kirchensteuer Reklamation einreichen. Wenn Ihre persönliche Ausdrucksverklärung vor dem Amtsgericht am 27. Dezember 1911 erfolgt ist, brauchen Sie nur noch für das Jahr 1912 Kirchensteuer zu zahlen. Der Pfändung können Sie sich nicht entziehen, Sie müssen die Steuer einstellen zahlen und später Rückzahlung verlangen.

Friedrichshagen gekommen und hatte gestern seinen in der Friedrichstraße wohnenden Vater besucht. Als er auf dem Rückweg den Bahndamm dieser Straße überschreiten wollte, mußte er einem Fuhrwerk ausweichen. Als er um dieses herumgehend die Straßenbahnlinien betrat, wurde er von einem in diesem Augenblick herannahenden Zug erfasst und umgestoßen. Der Soldat wurde in weitem Bogen zur Seite geschleudert und schlug so heftig auf das Strohpflaster auf, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt. In sehr bedenklichem Zustande wurde der Bedauernswerte nach dem Köpenicker Kreis-Krankenhaus geschafft.

Der Käufer aus der Kärstraße, der 18 Jahre alte Dreher Heinrich Buchheiser, wurde gestern von der Kriminalpolizei eingehend verhört, um dann dem Untersuchungsrichter vorgeführt zu werden. Der Verhaftete gibt zu, daß er Lewin habe verlesen wollen, um ihn berauben zu können, befreit aber die Absicht gehabt zu haben, ihn zu töten. Buchheiser stammt aus Preußisch-Helmstedt. Hier war er in einer Maschinenfabrik in der Lehre. Aber noch bevor er ausgebildet hatte, trat er aus und ging nach Berlin. Hier kam er durch Vermittlung eines früheren Arbeiters der Maschinenfabrik in der Runitionsfabrik in Spandau an. Er erschien jedoch unregelmäßig zur Arbeit und wurde deshalb entlassen. In einer anderen Fabrik sollte ihm die Arbeit nicht. An einer dritten Stelle blieb er eines Tages ohne Entschuldigunng weg. Als er dann wiederkam, wurde er entlassen. Buchheiser hatte einiges Geld mitgebracht, verdiente bis zu 55 M. die Woche, wußte aber als leichtsinniger Bursche nicht hauszuhalten. Für 99 M. hatte er sich einen Anzug gekauft. Als ihm das Geld ausging, verkaufte er ihn an den Trödler mit dem Vorbehalt des Rückkaufs. Am Freitag wollte er sich nun ohne Geld wieder in den Besitz des Anzugs setzen, um ihn zum zweitenmal zu verkaufen. Der Trödler sagte ihm, wenn er ihn wieder haben wolle, müsse er sich beeilen, denn es sei schon ein Käufer da gewesen, der auch 2 M. angezahlt hätte. Nachdem er sich unter der Vorpiegelung, daß er Geld holen wolle, entfernt hatte, will er sich eine halbe Stunde lang in benachbarten Straßen aufgehalten haben. Das Werkzeug, mit dem er die Stiche führte, ist ein zweifelhaftegeschliffener Dolch, den V. in der Scheide bei sich trug. Wie er behauptet, kaufte er ihn Anfang März in der Rosenthaler Straße und trug ihn aus Liebhaberei stets bei sich.

Durch Ueberfahren getötet wurde am Donnerstagnachmittag der 9 Jahre alte Hauswirtssohn Erich Berner aus der Alten Jakobstraße 83. Der Knabe wollte vor dem Hause Nr. 105 zu einem ihm bekannten Kutscher der Papierzylinderhandlung von Humber während der Fahrt auf den Hof steigen, kam aber dabei zu Fall. Bevor der Kutscher halten konnte, waren schon ein Vorder- und ein Hinterrad über ihn hinweggegangen. Der Kutscher trug den Verunglückten nach der Rettungswache in der Kommandantenstraße. Als er aber dort mit ihm ankam, war er schon tot.

Zum dirigierenden Arzt am Urban-Krankenhaus wählte der Magistrat in seiner gestrigen Sitzung den Professor Dr. Georg Jürgens.

Osterausstellung im Gensengshaus Wändorf. Vom 16. bis 18. April 1916 findet im Exerzierhaus der Infanterie-Schießschule in Wändorf eine interessante Osterausstellung der Werkstätten des Batalion Gensengshaus Wändorf statt. Auf dieser Ausstellung sollen die Arbeiten gezeigt werden, die die Zinassen des Heims selbst angefertigt haben. Wie an anderen Orten auch, wird in Wändorf der schöne Brauch geübt, die Nelsonalesanten irgend-ein Handwerk — Schneiderei, Tischlerei, Klempnerei, Sattlerei, Buchbinderei, (kaufmännische Arbeiten, wie Stenographie, Schreibmaschine, Buchführung) usw. — treiben zu lassen.

Der diese Ausstellung fleißig besucht, hat nicht nur einen künstlerischen Genuß, er tut auch den Gensenden Gutes.

Das Orchester des Gensengshaus konzertiert am 16. in den Ausstellungsräumen.

Wändorf ist in 1/2 Stunde vom Anhalter Bahnhof 10,9 Uhr und 2,25 Uhr, vom Potsdamer Ringbahnhof 12,08 Uhr bequem zu erreichen.

Zweiter 25-Pfennig-Sonntag im Zoo. Wie die Anzeige im Inseratenteil zeigt, trägt auch die Verwaltung unseres Zoo den Kriegsumständen Rechnung. Zunächst vermindert für 1916 soll das bisherige Eintrittsgeld von je 25 Pf. für Zoo und Aquarium das außer am ersten, fortan auch am dritten Sonntag jeden Monats gelten.

Die Kinder-Poliklinik in der Königl. Charité bleibt in der Zeit vom 20.—27. April geschlossen.

Aus den Gemeinden.

Billiges Kalbfleisch in Neukölln.

Wie wir erfahren, hat die Kriegsnotstands-Kommission drei Waggons mit 148 Stück holländischen geschlachteten Kalberrn gekauft und den hiesigen Schlächtermeistern zum Verkauf an die Bevölkerung übergeben. Dieses Kalbfleisch muß nach der Bestimmung des Magistrats zum Preise von 1,65 M. für Vorderfleisch und 1,80 M. für Hinterfleisch (Nierenstück) verkauft werden. Das Fleisch soll nur an Neuköllner Einwohner verkauft werden.

Aus der Pankower Gemeindevertretung.

In der letzten Gemeindevertreter-Sitzung wurden, da Einsprüche nicht vorlagen, die stattgehabten Wahlen sämtlich für gültig erklärt und die Gewählten — mit Ausnahme unseres Genossen Kubig, der sich zurzeit im Heeresdienst befindet — in ihr Amt eingeführt. — Der Berliner Krippen-Verein errichtet zum 1. Mai d. J. in Pankow eine Krippe. Hierzu hat die Gemeinde einen einmaligen Beitrag von 1000 M. sowie einen Jahresbeitrag von 1000 M. bewilligt mit der Bedingung, im Vorstande des Krippen-Vereins vertreten zu sein. Die Vertretung delegierte hierzu neben zwei bürgerlichen Vertretern auch unseren Genossen Schmidt. — Eine lebhafte Aussprache veranlaßte die Beschwerde unseres Genossen Strauß über das verordnungswidrige Verhalten einzelner Geschäftsleute, die ihnen von der Gemeinde zum Verkauf übergebenen Lebensmittel, so namentlich Eier, unter dem Vorbehalt, daß diese ausverkauft seien, für gute Bekannte, Kunden usw. zurückbehalten. Dieses Treiben wurde allseitig verurteilt und scharfe Kontrolle verlangt. Von der Leitung der Lebensmittelabteilung wurde letzteres zugesagt und erlucht, ihr von vorkommenden Fällen zum Zwecke entprechenden Eingreifens und eventueller Strafverfolgung unter Angabe erweislich wahrer Tatsachen Kenntnis zu geben.

Lebensmittelvertrieb der Gemeinde Treptow.

Die Nachfrage nach dem billigeren inländischen Schweinefleisch erwies sich am ersten Verkaufstage als so stark, daß auch für den heutigen Sonnabend der Verkauf für die Buchstaben A bis E der Lebensmittelkarten vorbehalten werden mußte. Die weiteren Buchstaben kommen nach und nach daran und erfolgt jeweils durch Ver-lammung in ortsüblicher Weise.

Stadtverordnetenversammlung in Spandau.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurden aus den voran-sichtlich sehr hohen Ueberflüssen des Etatsjahres 1915 nach längerer Debatte 40 000 M. zur Errichtung von drei neuen Transformatorstationen und zur Veranschaffung von vier Reservertransformatoren für die städtische Elektrizitätsanstalt bewilligt.

Kenntnis genommen wurde von einem Antwortschreiben der Eisenbahndirektion Berlin auf eine Eingabe und von der inzwischen erfolgten Verlängerung der Linie 64 bis zum Verwaltungsgebäude Siemensstadt. Die gleichzeitige Durchführung der Linie 18 erklärte die Große Berliner Vor-Friedensschluß für unmöglich infolge des jetzt bestehenden Fahrer- und Wagenmangels.

Sonntag den 16. April
von 12-6 Uhr
geöffnet

A. Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse Kottbuser Damm Wilmersdorfer Strasse

Lebensmittel

Verkauft nicht an Wiederverkäufer

Soweit Vorrat

Rote Krütze gefärbt Paket 15 Pf.	Salzheringe Steck. 6,12 Pf.
Pudding-Pulver leicht gefärbt Paket 10,12 Pf.	
Saucen-Pulver Vanille Paket 10 Pf.	
Frische Eier Steck. 22,24 Pf.	
Büchsenfleisch 1/2 Pfund 1.40	

Wurstwaren

Landleberwurst Pfund 2.40
Feine Leberwurst Pfund 2.50
Jagdwurst Pfund 2.40
Mortadella Pfund 2.40

Gem. Marmelade
leicht gefärbt
III. Sorte... Pfund 50 Pf.

Sprottbücklinge 1/2 Pfund 55 Pf.
Bücklinge 2 Stück 25 Pf.
Makrel.-Bücklinge 3 Stück 35 Pf.
Lachsheringe 3 Stück 45 Pf.

Obst und Gemüse

Apfelsinen Duzend 1.15, 1.50
Zitronen Duzend 50, 60 Pf.
Gr. Musäpfel Pfund 35 Pf.
Gr. Essäpfel Pfund 48 Pf.
Feigen Pfund 80 Pf.
Datteln Pfund 1.10
Radies'chen Band 10 Pf.

Weisskohl ausländischer Pfund 35 Pf.
Wirsingkohl ausländischer Pfund 42 Pf.
Kohlrüben ausländische Pfund 7 Pf.
Rote Rüben 3 Pfund 40 Pf.
Rhabarber 4 Stangen 15 Pf.
Spinat Pfund 30 Pf.

Räucherwaren und Fische

Heringe in Gelee Dose 88 Pf.
Heringe in Tomaten Dose 1.10
Bratheringe Dose 1.10

Bismarckheringe Dose 1.10
Filetheringe in Saft Dose 1.10
Delikatessheringe 6. Größen Dose 1.00

Schnittlauch Topf 30 Pf.
Zwiebeln ausländische Pfund 35 Pf.
Salat 3 Kopf 25 Pf.
Obermoseler Flasche 95 Pf.
Roter Tischwein Fl. 1.40
Tarragona Flasche 2.10

Käse

Emmentaler Pfund 2.40
Edamer Käse Pfund 2.20
Holländer Käse Pfund 2.10

Kunsthonig

Pfund 48 Pf.

Fr. Barsche Pfd. 98, 1.15
Fr. Schollen Pfund 40 Pf.
Fr. Schellfische Pfund 78 Pf.
Fr. Kabeljau ohne Kopf Pfund 78 Pf.

Sommer-Ueberzieher
von 27 bis 65 Mk.
Sport-Paletots von 42 bis 70 Mk.

M. Schulmeister
Berlin SO, Dresdener Str. 4
Hochbahnstation Kottbuser Tor.

Jackett- u. Rock-Anzüge
von 25 bis 68 Mk.
Trotz steigender Teuerung der Stoffe
halte ich die billigen Preise aufrecht

Günstiges Osterangebot

in Herren- u. Knaben-Moden

Jackettanzüge hervorragende Neuheiten von M. 30.— an
Sportpaletots u. Covercoats .. von M. 36.— an
Marengo-Paletots von M. 30.— an
Belkleider von M. 6.— an

Besonders grosse Vorteile
in Knaben-Anzügen für das Alter von 4 bis 12 Jahren

S. Joseph Berlin-Schöneberg
Hauptstrasse 1, Grunewaldstrasse

Möbel-Beiser + Lothringer Str. 67

Trotz des Krieges billigste Preise bei großer Auswahl.

Stube und Küche	Anzahl	2 Stuben u. Küche	Anzahl	2 Stuben u. Küche	Anzahl
2 Bettstellen 1 Kleiderschr. 1 Spiegel 1 Tisch 2 Stühle	1 Küchenschr. 1 Küchentisch 1 Küchenstuhl 1 Küchenrah.	45	von nußbaum furniert	80	von in nußbaum u. mod. Ausf.
1 Kleiderschr. 1 Waschespind 2 Bettstellen 1 Trumeau 2 Stühle 1 farbige komplette Küche	1 Sofa 1 Tisch 2 Stühle und 1 farbige komplette Küche	120			

Bequemste Abzahl. Mk. an
Moderne Schlaf-, Speise-, Wohn- und Herrenzimmer :: Anzahlung von 80-120 M. an, Wochenrate 5 M.
Einzelne Möbelstücke, Wochenrate 1,00 Mark — Metall-Bettstellen.
Farbige Küchen in großer Auswahl, Anzahlung von 15 Mark an.
Sonntag von 12-6 Uhr geöffnet.

Neue fertige Herren-

Ueberzieher u. Mäntel 30, 36, 38, 45-90 M. | Röcke und Westen 35⁰⁰, 42⁰⁰, 54⁰⁰ M.
Elegante Anzüge 33, 38, 45, 54-65 M. | Beinkleider 8⁵⁰, 8⁵⁰, 10⁵⁰, 12⁵⁰, 15-21⁰⁰ M.

Alle Weiten vorrätig. Gute Abarbeitung, vorzügliche Paßformen

Neu aufgenommen: Fesche Jünglings-Anzüge
moderne Sportformen, erstklassiger Sitz und Ausführung
ganz außergewöhnlich preiswert

R. Landsberger G. m. b. H., Friedrichstraße 108
Ecke Johannisstraße, gegenüber der Karlstraße. — Diesen Sonntag von 12-6 geöffnet

Alkoholler Getränke
Franz Abraham
Rath. Messing- u. Römertrank-Kell.
C. 23 Borsigstr. 5a, Forno. Krst. 19706

Wasser- u. Mineralwasser
Central-Bad Anzengruberstr. 25.
Diana-Bad Köpenickerstr. 93
National-Bad, Brunnenstr. 2.
Passage-Bad Kottbuser-Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.
Baden- u. Kond. Preis
Fr. Friedrich, Eisenbahnstr. 21.
A. Großkasky, Boxhagenerstr. 27.

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins
sowie in Neukölln u. Treptow
gegründet 1892.

F. Kiesewetter, Schreiberstr. 16.
G. Meier, Grünerweg 27.
Fr. Pribyl, Osnabrückerstr. 24.
Turban
in allen Stadtteilen.
Emil Werk, Samariterstr. 8.
Otto Wolff, Treptow, Krüblerstr. 16
Zachau, Gr.-Lichterf., Chausseest. 53a
Paul Zastrow, Stromstr. 33.

Sandagen, Gummiw.
R. Hauke, Stralauer Str. 56.
E. Kraus, Kommandantenstr. 53.
A. E. Lange, Brunnenstr. 156
Bronnen und Farben
Werder-Druckerei, Britz, Badwegstr. 2a

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel
25 eigene Filialen.

August Holtz
15 Detail-Geschäfte.
Herm. Kunert, Culmstr. 29

Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte

Kosmalla, E., 4
Detail-Geschäfte

Schröter, R.
43 Verkaufsstellen 43

Uhly & Wolfram
Bierbrauerei, Bierhandlung

Brauerei Bützow
empfiehlt
Qualitätsbiere
ersten Ranges

Osw. Berliner
Ur-Berliner, hell und dunkel

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Brauerei Königstadt
feinste Qualitätsbiere.

C. Habels Brauerei
hell - Habelbräu - dunkel.

Münchener Brauhaus
Berlin und Oranienburg

Trinkl Wanninger Bier!

Spandauerberg-Brauerei ::
Weissbier, C. Breithaupt,
Pallasenstr. 97 Tel. Kgt. 1001, 1002

Cigarrenfabriken
JUHL
250 GESCHÄFTE

J. Neumann
200 Niederlagen

Essigfabriken
Timmer-Essig
überall erhältlich!

Cacao, Schokolade, Confitüren
SAROTTI
Kakao und Schokolade
preiswert
beliebt in jedem Haushalt.

Eisen, Schilw., Waffen, Werkz.
Carl Jung, Stromstr. 31.
Röhmann, P. Müllerstr. 49b, E. Seest

Fleisch- u. Wurstw.
W. Beck
Inh.: Herm. Gerbach
Charlottenburg, Berlinerstr. 68-69
Fleisch- und Wurstwarenfabrik

Willy Gericke, Petersburgerstr. 21
Otto Kengel, Alte Jacobstr. 25.
Rostockerstr. 42.
Luebke, Joh. Fleisch-u. Wurstfabr.

Hüte, Mützen, Feilwaren
Schoerr, Herm., Wilmersd.-Str. 44

Vester, E.
Kottbuser-Damm 18/19

Herren- u. Knabengard.
J. Baer
Badstr. 25, Ecke
Prinzen-Allee.

Fabrik & Co.
Rosenthalerstr. 3.
Eckhaus Lindenstr.
Loske & Sipecki, Schick-Allee 74

Kolonialwaren
Fritz Hübner, Schlemmerstr. 11.
Franz Richter, Malplaquetstr. 25-26

Kaffee-Rösterei
A. Zuntz sel. Wwe.
Filialen und Niederlagen
in allen Stadtteilen
Nur reelle Qualitäten

Anerkannt verteilte Bezugsquelle
**Kaffee, Tee, Kakao
und Schokolade etc.**
Hamburger Kaffee-Importgeschäft
Emil Tengelmann
Mehlhandlungen

Bethke, Georg,
Kottbuser-Damm 44-45
Koschalla, Elberstr. 21, Kaiser-Friedr.
Str. 44, Weststr. 159, Friedländerstr. 22
Treptow, Grütze-Str. 44.

Gaede, Otto
Charlottenburg.
F. Pflügelmacher, Colonnadenstr. 68.
F. W. Sichter
Wrangelstr. 75
Ecke Cuvyrstr.

Kurt, Welt, Wolw., Frikolage,
Hermann Meyer, Seivelsbörnerstr. 21.

Photogr. Apparate
M. Albrecht
SO, Kottbuserstr. 2.
auch Gelegenheitskaf.
Photo-Jansen, Hauptstr. 23.

Nähmaschinen
Bellmann, E.,
Göllnowstr. 25
Nähmaschinen

Singer
Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.

Optiker, Mechaniker
Groß, Paul, Warschauerstr. 66.
Schubert, Carl, Nikl. Bergstr. 145

Schreibwaren
O. Prochnow, Mühl. Hermsstr. 69

Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankl. Allee 40

Weine, Liköre, Fruchtsäfte
Hugo Böling
60 Filialen in allen Stadtteilen.

Herm. Meyer & Co.
Act.-Ges.
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.

Underberg
Bismarckstr.
SEMPER IDEM
anerkannt bester Bitterlikör

Meierei C. Bolle

A.-G.
Berlin N.W. 21 Alt Moabit
17 93/103

Ältester und größter
Milchwirtschaftlicher
Großbetrieb

Molkereien
"Schweizerhof"
Meierei und Milchuranstalt.
Endener Str. 48. u. Tel. II 556.

Versicherungen
"Deutschland" Berlin
Arbeiterversicherung - Schützen-
Sterbekassenversicherung, Straße 1.
Wirtschaften, Etablissements.

Hackepeter
Schöneberg
Hauptstr. 139.

O. Rohloff, Uferstr. 1, Brucke/Kielgraben

Original-Schultheiß-Ausschank
Alexanderpl., Rich. Schöneberg.

Mahlwerk
Frau A. Pagenl, Kolonialwaren.

Malerier
H. Wagner, E. Engelstr. 11, Finckel-Werke

Spangau
Schauerfeld, Brühlstr. 33, Fackel-Werke

Leihhaus Moritzplatz 58a

kaufen Sie von Kavaliereu wenig getragene sowie im Versatz gewesene **Jackett- und Rock-anzüge, Paletots, Ulster**. Serie I: 18-25 M., Serie II: 26-36 M., größtenteils auf Seide. Ferner Gelegenheitskäufe in **neuer Maßgarderobe**, enorm billig. **Riesenposten Kleider, Kostüme, Mäntel**, auf Seide, jetzt nur 20-35 Mark. Extra-Angebot in Lombard gewesener **Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Brillanten, Uhren und Goldwaren** zu enorm billigen Preisen.

Vorwärtsleser erhalten 10% extra.

Warenhaus

Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestraße 70/71

Marzipan-
und
Schokoladen-
Ostereier

Marzipan-
und
Schokoladen-
Ostereier

Damen-Konfektion

Bluse aus weissem Waschvolle, mit gesticktem Vorderteil	1 ⁹⁵	Musselin-Blusen kar. u. gestr. offenu.geschl.	5 ⁷⁵ 5 ²⁵	Woll-Röcke schwarz-weiß kariert grosse Taschen	10 ⁵⁰
Bluse aus weis. Voile-Stoffen, ganz gestickt	4 ⁵⁰ 3 ⁷⁵ 2 ⁴⁵	Musselin-Blusen reinwollene, in sehr schönen Farben	8 ⁵⁰	Gabardine-Röcke blau und schwarz, weite Glockenform	11 ²⁵
Bat.- u. Voile-Blus. aus sehr gut. Stoffen	6 ⁵⁰ 5 ⁵⁰	Seiden-Blusen in hellen und dunklen Farb., hochgeschloss.	10 ⁵⁰	Wash-Unterröcke aus gestreiften Zephistoffen	1 ⁹⁵
Wash-Blusen handgestickt, nette Macharten, sehr preiswert	7 ⁵⁰	Blusen aus Helvetia-Seide, sehr schöne Macharten	10 ⁵⁰	Wash-Unterröcke aus gut. Leinestoffen	2 ⁴⁵
Musselin-Blusen mit modernem hohen Kragen	3 ⁹⁵	Rock „Reklame“ in Lederfarbe, weite Glocke, mit Taschen	9 ⁷⁵	Alpaka-Unterröcke in prächtiger Farbauswahl, sehr preiswert	5 ⁹⁰

Handschuhe

Damen-Glacé-Handschuhe farbig u. weiß	1 ⁶⁵
Damen-Glacé-Handschuhe prima Lammleder	1 ⁹⁰
Damen-Handschuhe Leinenersatz, latt. Farb., m. 2 Druckknöpfen, Paar	65 Pf.
Damen-Handschuhe reine Seide, glatt und porös	95 Pf.
Herren-Handschuhe Glacé mit Druckverschluss	1 ⁹⁰
Herren-Handschuhe Leinen-Ersatz, farbig m. Druckversch.	95 Pf.
Kinder-Handschuhe Zwirn, weiss und farbig	25 Pf.
Kinder-Handschuhe reine Seide, mit Perlmutterknöpfen	65 Pf.

Putz

Jugendliche Topfform mit Blumenranke und Bandgarnitur	6.95
Jugendliche Schutenform mit flotter Schließe und Blumentuff	10.75
Sehr eleganter Hut wippenartig, mit Blumen und Band garniert	14.75

Schuhwaren

Damen-Chevreauschnürstiefel mit und ohne Lackkappe	16 ⁵⁰ 14 ⁵⁰ 12 ⁵⁰
Damen-Schnürschuhe mit und ohne Einsteck	16 ⁵⁰ 12 ⁵⁰ 10 ⁵⁰
Damen-Chevreauschnürstiefel braun, m. s. oh. Lackkappe	16 ⁵⁰ 15 ⁵⁰ 12 ⁵⁰
Kinder-Rindlerschnürstiefel sehr dauerhaft	Größe 11 ⁷⁵ Größe 22-30 10 ⁷⁵

Die Ausstellung von **Putz** und **Konfektion** befindet sich im ersten Stock

Morgen, Sonntag, von 12 bis 6 Uhr geöffnet!

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Norden

Drogen, Farben Benzendorfer Neue Beckstr. 19 Laub. Schindlerstr.	Kaffee-Versand Gerold Kaffee Bei gemeinsamem Bezug Preisermässigung Berlin, Lützowstr. 94. Verlangen Sie Preisliste.
Fleisch- u. Wurstw. Gutschmanns Centr. Wickert-Str. 159.	Mehlhandlungen L. E. Fink, Pankstr. 92.
F. Jordy Ww. vorm. O. Lucke Stralsunderstr. 57.	Möbelmagazine Wiese & Co. Reisickerstr. 37 Tischlermeister
Herrn-, Dam., Knab- u. Mädchen-Garder. O. Hoffmann Veteranenstr. 14 fertig u. n. Maß	
Kohlenhandlung Malmser Str. 11. allerbill. Tagespre.	
Kolonialwaren M. Saagebarth Strelitzer Str. 57	
W. Th. Thomas Reisickerstr. 54 Mehlhandlung	

Zu allerbilligsten Tagespreisen empfehle in allen meinen Verkaufsstellen

Butter, Eier, Käse Marmeladen

und andere Nahrungsmittel in besten Qualitäten.

J. F. Assmann Butter-Großhandlung.

35 Verkaufsstellen in Groß-Berlin.

Die Versorgung der Kriegsteilnehmer

ihrer Angehörigen und ihrer Hinterbliebenen
Bearbeitet v. Paul Hirsch,
Landtagsabgeordneter

Preis 30 Pf.

Ein unentbehrlicher Ratgeber für Kriegsteilnehmer u. deren Hinterbliebene.

Inhalt: Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer. Die Versorgung der Mannschaften. Kriegsversorgung. Invalidenversicherung von Kriegsteilnehmern und deren Hinterbliebenen.

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Amt Npl. 3014.

Der echte **Kapitän-Kantabak**
wird extrahiert und befeuchtet im Felbe, zu haben in den meisten Geschäften. (R. Dosen beliebig umhüllt.)
C. Röder, Berlin, Grüner Weg 111 (Rgt. 2861).

In Freien Stunden

Die Wochenschrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schnell, dauerhaft. Zusätzl. von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8A (Stadt-Börse)

Ein Ereignis

sind trotz der hohen Lederpreise unsere Angebote **zum Osterfeste** und wir empfehlen einem jeden, seinen Osterbedarf in Schuhwaren bei uns zu decken, da wir anerkannt gute Qualitäten zu wirklich noch billigen Preisen führen

Dam.-Halbschuhe

zum Schnüren oder mit Spangen, moderne Formen

8⁹⁰ 10⁵⁰ 12⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰

Leinen-Schuhe

und Stiefel
grosse Auswahl

10⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰ bis 24⁵⁰

Damen-Stiefel

in allen Ledersorten, elegante Ausführung

10⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰ bis 24⁵⁰

Lack-Einsatz-Stiefel

aparte Farben

Herren-Stiefel

extra starke Qualitäten, mit und ohne Lackkappe

11⁷⁵ 14⁵⁰ 16⁵⁰ 18⁵⁰ 22⁵⁰

F. Potolowsky Nachf.

Große Frankfurter Str. 141
Ecke Fruchtstraße
Fernruf: Alexanderplatz 4381

Sonntag von 12 bis 6 Uhr geöffnet